

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,50 RM. monatlich 1,50 RM.
 wöchentlich 30 Pf. im Jahr 3,50 RM.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,50 RM. pro Monat.
 Wemgetragen in die Post. Postamt-
 Bezeichnung: Unter dem Band für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2,00 RM. für das übrige Ausland
 4 RM. pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinstufig.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die festgedruckte Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 60 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berichterstattungs-Anzeigen 30 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf. (gewöhnlich 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.
 Stellenanzeigen und Stellenanzeigen
 je Zeile das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Freitag, den 8. Juni 1917. Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97. Fernsprecher: Amt Marienplatz, Nr. 151 90-151 97.

Schwere Schlacht im Wyttschaete-Bogen.

**Die Schlacht in Flandern ist entbrannt —
 Französische Stellungen am Chemin-des-
 Dames genommen und gehalten. —
 Die Italiener unterliegen bei Jamiano
 abermals.**

Amlich. Großes Hauptquartier, den 7. Juni 1917. (W. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Zwischen Ypern und Armentières tobt seit gestern der Artilleriekampf in unverminderter Kraft; heut früh ist nach umfangreichen Sprengungen und stärkster Trommelfeuer mit Infanterie-Angriffen der Engländer die Schlacht in Flandern voll entbrannt.

In außergewöhnlicher Heftigkeit hielt auch vom La Bassée-Kanal bis auf das Südufer der Scarpe die Feuerstätigkeit an. Bei Hulluch, Loos, Vieux und Noeux sind heut vor Tagesanbruch starke englische Teil-Angriffe gescheitert.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Bald nachdem niederheinische Hüfiliere an der Straße Pinon-Joanny in erbittertem Handgemenge eine Anzahl Gefangene aus den französischen Gräben geholt und die Aufmerksamkeit des Gegners dorthin gelenkt hatten, setzten sich frühmorgens südlich von Pargny-Fisain Teile von meiningenschen, hannoverschen, schleswig-holsteinischen und brandenburgischen Regiments an Besitz der feindlichen Stellungen am Chemin-des-Dames in fast 2 km Ausdehnung. Durch Artillerie, Minenwerfer und Mörser wirksam unterstützt, begleitet von Pionieren und Truppen des in den Kämpfen der letzten Wochen besonders bewährten Sturmabteilung 7 nahmen die Kompanien trotz hartnäckigen Widerstandes des Gegners das befohlene Angriffsziel. Gegen die gewonnene Linie richteten sich nach heftigen Feuerwellen starke feindliche Gegenangriffe bis in die Nacht hinein; sie sind sämtlich abgewiesen worden.

14 Offiziere, 543 Mann wurden als Gefangene, 1 Revolverkanone, 15 Maschinengewehre und mehrere Granatwerfer als Beute eingebracht.

Heeresgruppe Herzog Albrecht.

Nichts Besonderes.

Gestern wurden 8 englische Flugzeuge im Luftkampf abgeschossen, davon eins durch Leutnant Boh, der damit den 31. Luftsieg errang.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz und an der mazedonischen Front keine größeren Geschehnisse. Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorf.

Abendbericht.

Amlich. Berlin, 7. Juni 1917, abends. Im Wyttschaete-Bogen ist der Gegner in unsere vorderste Stellungzone eingebrochen. Der hin- und herwogende Kampf ist noch in vollem Gange.

Der österreichische Bericht.

Wien, 7. Juni 1917. (W. Z. B.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Am 3. Juni setzte der Feind gestern seine Versuche, die am 4. Juni ihm entrissenen Stellungen um jeden Preis zurückzuerobern, mit größter Zähigkeit fort. Das Schlachtfeld von Jamiano war abermals die Stätte heftigen Ringens. Die Italiener unterlagen. Ihre Massenangriffe brachen überall unter schweren Verlusten zusammen. Es blieben neuerlich 30 Offiziere und 500 Mann in unserer Hand, so daß die Gesamtzahl der seit 12. Mai eingebrachten Gefangenen die Summe von 27 000 Mann übersteigt. Im Gailtal wurde am 5. Juni ein italienischer Kampfdoppeldecker abgeschossen; die beiden Insassen gerieten unverwundet in Gefangenschaft. Am selben Tage stießen unsere Sturmtruppen im Dreizinnengebiet erfolgreich in die feindlichen Stellungen vor. Gestern lebhafteres italienisches Geschützfeuer im Eugana-Tal und auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Im Raume südlich von Berat trieben unsere Sicherungstruppen feindliche Abteilungen in das Duztal zurück. Der Chef des Generalstabes.

Alldeutsche Agitation an der Front aus Staatsmitteln?

Auf die ungenierte Propagandatätigkeit, welche die Alldeutschen für ihre politischen Ziele in der Armee und namentlich an der Front entfalten, haben wir schon gestern hingewiesen. Die Sache liegt aber anscheinend noch schlimmer, als sie ohnehin nach unserer Darstellung erscheinen mußte. Ist es schon bedenklich, wenn Leute, nach deren eigenen Beteuerungen die Armee dem parteipolitischen Streit entzogen sein soll, privatim sich unter den Frontkämpfern durch verheerende Agitation einen Resonanzboden für ihre politischen Ziele zu sichern suchen, so ist ein noch ganz anderer Widerspruch am Platze, wenn diese Propagandatätigkeit, wie es den Anschein hat, von behördlichen Stellen unterstützt und aus öffentlichen Mitteln gefördert wird.

Bei der alldeutschen Propaganda handelt es sich namentlich um die Massenverbreitung der im F. F. Lehmannschen Verlag erschienenen Broschüre „Deutschlands Zukunft bei einem guten und bei einem schlechten Frieden“. Der sehr rührige alldeutsche Verlag rennt mit der Anpreisung seiner Schrift den Redaktionen geradezu das Haus ein, und so kann es auch einmal kommen, daß eine seiner Zirkulare an die falsche Adresse gelangt. Ein Gewerkschaftsblatt, dessen Charakter vielleicht von einem Adressenschreiber des Verlages erkannt wurde, erhielt nämlich ein Rezensionsexemplar der Broschüre überhandt unter Beifügung eines Zirkulars des Verlages, aus dem einiges vor der Öffentlichkeit festgehalten zu werden verdient. In dem Zirkular heißt es: „Nachdem um eine empfehlende Besprechung der Schrift „Deutschlands Zukunft“ gebeten worden ist, wörtlich:

„Eine große Partie ist vom Großen Hauptquartier und vom Kriegsministerium angekauft worden. Erzengel v. Lubendorf hat 8000 Stück, die ihm der Verlag zur Verfügung gestellt hatte, im Heere verteilen lassen. Erst neuerdings stellten wir wiederum 7000 Freistücke für Lazarette zur Verfügung. Kriegsminister v. Stein hat diese Schenkung mit größtem Dank aufgenommen und sorgt für zweckentsprechende Verteilung.“

Von Seiten des Heeres, von Schulen und Fabriken sind bereits viele Tausende der Schrift bestellt, um sie in ihren Kreisen verbreiten zu lassen.“

Es hält schwer, die hier vom Verlage behaupteten Tatsachen für möglich zu halten, und doch kann man wiederum nicht glauben, daß er sie sich einfach aus den Fingern gefogen hat. Wenn hohe militärische Stellen ihnen zugeteilte Posten von Freixemplaren verteilt haben, so ist schon das eine bedenkliche Sache, denn man muß doch annehmen, daß sie sich vorher pflichtgemäß von dem Inhalt der verteilten Schriften überzeugt haben. Ist es aber wahr, daß das Große Hauptquartier und das Kriegsministerium und andere Stellen des Heeres sowie Schulen (!) größere Mengen der Schrift käuflich erworben haben, so kann dieser Ankauf doch nur aus öffentlichen Mitteln erfolgt sein. Ueber eine solche Verwendung von Staatsgeldern zur Förderung parteipolitischer Zwecke würde der Reichstag ein sehr ernstes Wort zu reden haben. Was die Verbreitung an Schulen anbetrifft, so ist es sehr charakteristisch, daß dieselben Kreise hier ihre parteipolitische Agitation bereits den wirklich Unmündigen einimpfen wollen, welche sich sonst gegen die Herabsetzung des wahlmündigen Alters auf 20 Jahr auf das schärfste wenden. Aber für viel schlimmer noch sehen wir eine von oben her betriebene Propaganda im Heere an. Denn der Soldat ist in seiner Meinungsbildung kein freier Mann, er kann sich nicht mit der nötigen Entschiedenheit gegen eine Beeinflussung von oben her zur Wehr setzen, es ist ihm unmöglich gemacht, eine Gegenagitation zu entfalten, ja nur für sich zu entgegnen.

Zu allem übrigen kommt noch der Charakter der Schrift als einer maßlos einseitigen, auf die Urteilslosigkeit des Lesers spekulierenden Tendenz- und Dehschrift. Die Aufmachung ist die übelster Geschäftsreflekt. Mit tendenziösen bildlichen Gegenüberstellungen wird der alldeutsche Gewaltfrieden verherrlicht, der sozialistische Verständigungsfriede heruntergerissen und verächtlich gemacht. Scheidemann hat in seiner letzten Reichstagsrede treffend darauf hingewiesen, daß diese Neuruppiner Wäldenbogen-Propaganda zwar alles mögliche abmalt, sich aber sehr wohl hütet, die Schädelyramide darzustellen, welche bis zur Erreichung der aufgestellten Annerkennungsziele aus den Opfern der Kriegsverlängerung sich aufstürmen würde. Darüber, ob die in der Broschüre gesteckten Ziele überhaupt erreichbar sind, darüber, um wieviel Jahre sie den Krieg verlängern und welche neuen Blut- und Geldopfer ihre Bewirk-

Die Schlacht in Flandern.

Berlin, 7. Juni. (W. Z. B.) Nachdem die Frühjahrsoffensive der Engländer und Franzosen, die Durchbruch und Aufrüstung der deutschen Westfront zum Ziele hatte, vollkommen scheiterte und sich verblutete, haben die Engländer am 7. Juni eine neue Offensive in Flandern begonnen.

Bereits vor Mitte Mai steigerte sich die Feuerstätigkeit im Wyttschaetebogen, wo südlich des Yperkanals die deutschen Stellungen halbkreisförmig in weitem Bogen in die feindlichen Linien vorspringen. Nach einer kurzen Feuerpause vom 16. bis 21. Mai setzte die systematische englische Feuerbereitung am 22. Mai pausenlos ein, um sich vom 1. Juni an zu außerordentlicher Heftigkeit zu steigern, die an verschiedenen Tagen bereits den Charakter von Trommelfeuer trug. Häufige Erkundungsvorstöße des Feindes bestätigten die Angriffsabsicht. Bereits am Abend des 3. Juni wurden mehrere starke nächtliche Patrouillenvorstöße zurückgewiesen, und da dort eingebrachte Engländer im Nahkampf geworfen. Vergeblich brachten die Engländer Flammenwerfer zur Anwendung, von denen ihnen einer abgenommen wurde. Am gleichen Abend wurde eine etwa mit zwei Kompanien unternommene gewaltsame Erkundung gegen unsere Stellungen südlich des Douve-Baches verlustreich zurückgewiesen. Am frühen Morgen des 6. Juni stießen südlich Westfines zwei englische Patrouillen vor, die ebenfalls verjagt wurden. Am Vormittage des 6. Juni lag nur zeitweise starkes Feuer auf der Angriffsfrent und auf dem Hintergelände, wo die englischen Granaten die belgischen Orte Warneton, La Bassée-Bille und besonders Lenin stark mitnahmen. Am Nachmittage ging das Feuer zum stärksten Trommelfeuer über, und die ganze Nacht vom 7. Juni hindurch tobte ununterbrochen der schwerste Artilleriekampf. Zahlreiche feindliche Patrouillen wurden abgewiesen und Gefangene eingebracht. Um 4 Uhr morgens ließen die Engländer an mehreren Punkten Minen auffliegen. Diesen Sprengungen folgte eine Feuerwelle von allergrößter Gewalt, und um 5 Uhr morgens gingen die englischen Sturmtruppen auf der ganzen Front des Wyttschaetebogens zum Angriff vor. Die Infanterieschlacht tobte in dem größtenteils flachen, teilweise sumpfigen von Heden und kleinen Wäldern durchzogenen Gelände hin und her. Die Artillerie- und Mörserstätigkeit ist gesteigert. Unsere Truppen schlagen sich mit alter Tapferkeit.

Kerenski und die Vorbereitung der russischen Offensive.

Das Bemühen englischer Kriegsblätter, Kerenski, von dem „Daily Express“ sagt, das Schicksal Rußlands hänge von ihm ab, zum Träger russischer Offensivpläne zu stempeln, wird durch eine Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur abgetan. Die Meldung sagt:

In der Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates vom 4. Juni beantwortete Kriegsminister Kerenski eine Reihe von Fragen über seine und des Generals Alexejew Reden über die Vorbereitung der Offensive. Kerenski bemerkte zunächst zu der Interpellation betreffend Alexejew, der gegen die Grundlagen der auswärtigen Politik der einstweiligen Regierung offen aufgetreten sei, die Rede habe ihre Bedeutung verloren, weil Alexejew durch General Brussilow schon ersetzt worden sei. Diese Mitteilung wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Ferner erklärte Kerenski, seine Reden über die Schlagfertigkeit der russischen Armee seien keineswegs als Ausdruck von Eroberungsabsichten aufzufassen. Nicht Rußland habe bisher deutsche Gebiete besetzt, sondern Deutschland russische. Wir haben Grund anzunehmen, sagte Kerenski hinzu, daß die deutschen Imperialisten auf die Zerstörung unserer Armeen rechnen, um ihre Forderungen zu erhöhen, und anscheinend folgt die deutsche Regierung den Imperialisten. Die volle Schlagfertigkeit der Armee ist notwendig, um einen Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen zu sichern.

Zum Schlusse sagte Kerenski: Wir wären schlechte Demokraten, wenn wir am Ende unserer Debatten nicht ausrufen: Es lebe die internationale Solidarität der Demokratie! Die Versammlung bereitete Kerenski große Quidigungen.

Kronstadt für die Regierung.

Petersburg, 7. Juni. Neutermeldung. Der Kronstadter Zwischenfall ist beigelegt. Der dortige Vertreterauschuß der Arbeiter und Soldaten erkennt die Autorität der vorläufigen Regierung an.

Nahrung kosten würde, darüber sucht man vergebens in der Broschüre auch nur ein einziges Wort.

Moralisch steht die Broschüre etwa auf dem gleichen Standpunkt, als wenn einem ehrlichen Mann gut zugeredet wird, seinen Nachbarn Gutes und Gut wegnehmen unter dem lockenden Hinweis, wie schön bequem er dann leben könnte. Politisch ist die Broschüre die reine Kindererei. Sie ist von einem halben Dutzend alldeutschen Professoren, Dozenten und Professoren zusammengeschrieben, von denen jeder seinen Vornamen an Länderverwicklungszielen zu übertrumpfen sucht. Hat der eine nachgewiesen, daß wir einen Fluß oder ein Gebirge jenseits unserer Grenzen als strategische Sicherung notwendig brauchen, so entdeckt der Nächste ein noch weiter jenseits liegendes Kohlenfeld, das wir natürlich auch haben müssen. Zu seiner Sicherung sind dann neue strategische Linien nötig.

Wunderbare Karten sind dem Nachwerk beigegeben, in denen das russische Reich beinahe ganz von der Bildfläche verschwindet und ein paar andere von unsern Gegnern überhaupt zu existieren aufgehört haben. Wo unsere Gegner Kohlen-, Eisenerz-, Petroleum-, Manganerzvorräte und sonstige Bodenschätze besitzen, werden diese ihnen von den alldeutschen Broschürenschreibern weggenommen, — auf dem Papier natürlich, denn wie das in Wirklichkeit geheißen soll, darüber erfährt man aus der Broschüre nichts.

Daneben eine muntere Hege gegen den „Scheidemann-Frieden“ und damit die Sozialdemokratie. Bisher haben uns die maßgebenden militärischen Stellen versichert, sie wünschten, daß die Armee von den parteipolitischen Kämpfen gänzlich frei bliebe. Ist es aber wahr, was der Verleger-Prospekt behauptet, daß sie die Verbreitung dieser alldeutschen Agitationsbroschüre fördern und unterstützen, so wird man diese Versicherung künftig mit andern Augen anzusehen haben. Man wird schlussfolgern müssen, daß der in der Theorie nach beiden Seiten hin geltende Grundsatz praktisch nur nach einer Seite hin durchgeführt wird. Gegenüber der Förderung der alldeutschen Propaganda erinnern wir an die Schwierigkeiten, die beispielsweise der „Sozialdemokratischen Feldpost“ andauernd in den Weg gelegt werden, obwohl dieses Blatt nur Artikel bringt, welche von der Zensur genehmigt sind.

Alles in allem liegen hier sehr ernste Dinge vor. An die von der „Kölnischen Volkszeitung“ im Felde veranstaltete Abstimmung für den „Hindenburg-Frieden“ soll nur nebenbei erinnert werden. Unser Münchener Parteiorgan, das sich gleichfalls mit der alldeutschen Propaganda im Geere befaßt, schreibt:

Kann man sich da wundern, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung der Gedanke befestigt: die militärischen oberen und unteren Dienststellen messen die Anordnungen zur Kriegszielefrage mit zweierlei Maß. Sie gewähren tätige Hilfe der annexionsistischen alldeutschen Politik in der Armee und suchen nach Möglichkeit die Gegner dieser Politik, die Anhänger eines Verständigungsfriedens, nicht zu Worte kommen zu lassen. Unzweifelhaft arbeitet dieser Gedanke in den Köpfen zahlreicher Volksgenossen, und er wird sicher auch die deutsche Volkvertretung, den Deutschen Reichstag, zu einer gründlichen Aussprache über die amtliche Propaganda der annexionsistischen alldeutschen Propaganda veranlassen!

Auch wir erwarten, daß der Reichstag hier gründlich seine Pflicht tut.

Die Stockholmer Verhandlungen.

Stockholm, 6. Juni. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) In der heute vormittags fortgesetzten Aussprache über die Stellung der deutschen Sozialdemokratie zum Kriege sprach Genosse David. Die Rede füllte fast die ganze Sitzung aus. Die Verhandlungen über diesen Punkt werden morgen abgeschlossen werden.

Stockholm, 6. Juni. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Der Wortlaut der Resolution des französischen Nationalrats ist jetzt hier bekannt geworden; er lautet: Angeichts der vom Internationalen Bureau übermittelten Einberufung der Stockholmer Zusammenkünfte, andererseits der von Cochin und Moutet überbrachten Initiative der russischen Revolution für eine Sollenversammlung der Internationale fühlte sich der Nationalrat gedrängt, sich zu diesen gleichem Ziele zustrebenden Bemühungen zu begünstigen. Er schließt sich voll und ganz der Initiative der russischen Genossen an und fordert mit ihnen eine Versammlung der Internationale. Er beschließt gleichzeitig, nach Stockholm eine parlamentarische Deputation zu senden, die in einer Vorbesprechung die Gesichtspunkte der französischen Sektion bezüglich einer gemeinsamen Aktion zur Vorbereitung des Friedens gemäß den von der revolutionären Regierung und den russischen Sozialisten formulierten Grundfragen darlegen soll. Der Nationalrat beauftragt die Delegation, sich mit den letzteren wegen der von ihnen geforderten Versammlung der Internationale zu verständigen.

Stockholm, 6. Juni. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Anlässlich der heutigen Beantwortung der Interpellation Branting über die Versammlungsreform und Bannverbot (Jungsozialist) über die Rolle der Arbeiterschaft, den Achtstundentag und die Neuorientierung hatten beide Parteien unter Hinweis auf wahrscheinlich unbefriedigende, vielleicht auch ganz ablehnende Antwort der Regierung für heute nachmittags zu einem Demonstrationstreif aufgefordert. Etwa 15 000 bis 20 000 größtenteils junge Arbeiter demonstrierten in der Umgebung des Reichstags, der von Polizei und Militär abgesperrt war. Die Regierung erklärte, sie sei eingeseht, um die Neutralitätspolitik durchzuführen, nicht aber, um politische Reformen vorzunehmen, für die vielmehr die im Herbst neu zu wählende Kammer kompetenter sei. Die Demonstrationen sangen internationale Lieder, die Jungsozialisten verteilten Flugblätter. Zunächst verhielten sich Polizei und Militär passiv; später erfolgten einige Zusammenstöße, wobei auch einige Personen verletzt wurden. Vom Balkon des Volkshauses sprach Branting, von anderer Stelle der Jungsozialist Lindhagen.

Stockholm, 6. Juni. (Eig. Drahtber. d. „Vorwärts“.) Der serbische Genosse Nikšić konnte von der serbischen Gesandtschaft in Berlin trotz wiederholten Ansuchens keinen Paß nach Stockholm erlangen. Der Haager Verband der sozialistischen Stenisten, Paolo Jion, ersucht das Stockholmer Komitee um Zulassung zu einer Vorbesprechung, in der über die Judenfrage in Polen, Rußland und der Türkei möglichst gleichzeitig mit den Russen verhandelt werden möge.

Minister gegen Stockholm.

Aus Petersburg meldet Reuter: Henderson, Thomas und Vandervelde haben einen Brief an den Vertreterauschuss der Arbeiter- und Soldatenrates gerichtet, in dem sie ihr großes Ersauern über die Einberufung der internationalen Konferenz aussprechen. In dem Briefe wird dann darauf hin-

gewiesen, daß die Verhandlungen mit den britischen, französischen und belgischen Deputationen über diese Angelegenheit noch nicht abgeschlossen sei, und wird erklärt, die Verfasser des Briefes seien mehr als je davon überzeugt, daß es schädlich und gefährlich sein würde, die deutschen Sozialisten zum Kongress zuzulassen, ehe der aggressive Imperialismus beseitigt sei.

Am Schluß des Briefes ersuchen die Verfasser um eine Zusammenkunft, in der sie ihren Standpunkt in aller Freundschaft auseinandersetzen können.

Nach „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet „Daily Telegraph“ aus Petersburg: Henderson, Thomas und Vandervelde verhandeln mit den russischen sozialistischen Führern, um zu erreichen, daß eine Vorbesprechung von Sozialisten der Alliierten in London stattfindet.

Englische Gewerkschaftsdelegationen.

London, 7. Juni. (Reutermeldung.) Hutchinson vom Verband der Raschneubauer hat die an ihn gerichtete Aufforderung, nach Stockholm und Petersburg zu gehen, abgelehnt. Das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hat beschlossen, den Präsidenten des Verbandes der Schlosser John Hill und den Londoner Sekretär des Verbandes der Postbeamten Stuart Branning nach Petersburg zu schicken, um den russischen Arbeitern bei dem Aufbau der gewerkschaftlichen Organisationen zu helfen. Die Abordnung wird keinen politischen Charakter haben und sich in Stockholm nicht aufhalten.

Nach einer weiteren Reutermeldung hat auch die Gewerkschaft der Seeleute und Heizer ihre Abneigung vor der Konferenz in Stockholm und Petersburg zum Ausdruck gebracht. Sie hat dem Petersburger Arbeiterrat den Beschluß mitgeteilt, so lange auf keinem Schiff, das Delegierte nach Petersburg oder Stockholm bringt, zu arbeiten, bis die Delegierten die schriftliche Zusicherung geben, daß keine Einigung mit Deutschland zustande kommen könne, ehe die deutsche Regierung den Angehörigen alliierter oder neutraler Seeleute, die beim Verlassen ihrer torpedierten Schiffe ermordet (?) wurden, Schadenersatz gibt. Der Vertreter der Seeleute, Havelock Wilson, sagte in einer Unterredung, der Ausschuss des Verbandes sei der Ansicht, daß die Versenkung englischer Schiffe zwar gerechtfertigt werden könne, keinesfalls aber die Tötung von Seeleuten.

Der Verband hat zur Konferenz von Arbeiterdelegierten in Leeds zwei Vertreter geschickt. Ihre Vorschläge sind aber, wie Wilson sagte, von den anderen Vertretern der Konferenz belächelt und verhöhnt worden.

Der sechsstündige Arbeitstag in Petersburg erobert.

Petersburg, 7. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Nachdem die Verwaltung von 140 Fabriken und Metallwerken, welche hauptsächlich für die Landesverteidigung arbeiten, alle Forderungen der Arbeiter bewilligt hat, unter anderem diejenige des sechsstündigen Arbeitstages, kann der für heute beschlossene Zustand in diesen Fabriken und Werken als beigelegt betrachtet werden.

Herr Ribot für Annexionen.

Gegen die deutschen Sozialisten. — Einstimmiges Votum des Senats.

Paris, 6. Juni. (Havasmeldung.) Senat. In der Begründung seiner Anfrage über die Haltung der Regierung zu der Stockholmer Konferenz erinnerte Regismantet an die Beunruhigung Frankreichs gegenüber verschiedenen Erscheinungen der russischen Revolution. Die Beunruhigung sei besonders groß gewesen über die Absicht gewisser Franzosen, sich nach Stockholm zu begeben, um dort mit Deutschland zu verhandeln. Die Erklärungen Ribots vor der Kammer hätten den Senat vollkommen befriedigt, da die Regierung die Pässe verweigert habe.

In Beantwortung der Anfrage sagte Ribot: Der Senat ist wie das Land beunruhigt worden durch die Tatsache, daß eine Partei Frankreichs die Möglichkeit erwog,

die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Gewisse Personen hätten den Bahn geholt, daß internationale Verständigungen den Krieg verhindern könnten. Die deutschen Sozialisten sind mit geringen Ausnahmen von Anfang an bewußte Mitschuldige der gegen die ganze Menschheit und die Zivilisation begangenen Verbrechen gewesen. Sie billigen gegenwärtig wenigstens durch schuldhaftes Stillschweigen die begangenen Grausamkeiten und die Verletzung aller Gesetze der Menschlichkeit und der Zivilisation.

In Bewußtheit der Öffentlichkeit, dem man Rechnung tragen muß, tritt es jetzt klar zutage, daß es für französische Bürger eine sittliche Unmöglichkeit war, mitten im Kriege, während Gebiete ihres Vaterlandes vom Feinde besetzt sind, an Unterhaltungen mit den Gegnern teilzunehmen. Wir, die Regierung, sehen eine Gefahr in diesen Versammlungen, aus denen der Friede nicht hervorgehen kann, der vielmehr nur aus dem Siege entspringen kann. Solche Zusammenkünfte in fremden Städten können nur ein Wahnbild des Friedens

erzeugen. Hierin liegt die Gefahr. Niemals, in keinem Augenblick, besonders wenn der Kampf am härtesten ist, weil er sich dem Ende nähert, können wir in der öffentlichen Meinung und in der Arme ein solches Wahnbild entstehen lassen. Frankreich braucht alle seine Kräfte, besonders die moralischen Kräfte, die die Bürgerschaft des Sieges und ein Schatz sind, über den wir eifersüchtig wachen müssen. Andererseits können wir nicht die Auffassung entstehen lassen, als ob die Regierung, die die Nation vertritt, die Leitung der Politik des Krieges ihren Händen entgleiten lasse. Die Regierung allein kann dieses Recht ausüben, weil sie die nationale Souveränität darstellt.

Keine Annexionen! Das kann für uns nicht bedeuten, daß wir nicht das Recht haben, das uns Gehörige zu verlangen, das heißt Elsaß-Lothringen, das nicht aufgehört hat, im Herzen französisch zu sein, seit der abscheulichen Tat, die Recht und Gerechtigkeit im Jahre 1871 verlegt hat. Kein Franzose wäre feige genug, sich damit abzugeben, daß wir den Krieg nicht fortsetzen, bis daß wir das, was unser Fleisch und Blut ist, zurückerlangt haben, bis diese Provinzen in den Schoß des Mutterlandes zurückkehren. Aber was bedeutet „keine Entschädigungen“? Die Verriegelung demütigen, das wollen wir nicht. Aber es gibt eine Wiedergutmachung der Schäden und Grausamkeiten, auf die keine französische Regierung verzichten könnte, die Wiedergutmachung nach einer unerhörten Verwüstung

des Landes. Einspruch würde sich dagegen erheben aus diesen verwüsteten Departements.

Die Tagesordnung der Kammer fügt hinzu, daß diese Bürgerschaften erforderlich sind, um unsere Kinder vor der Wiederholung derartiger Greuel zu schützen. Werden wir sie in der Erwerbung von Gebieten oder in zeitweiliger Besetzung oder Neutralisation finden? Das wird im geeigneten Augenblick geprüft werden. Eine bessere Bürgerschaft wird in der Bildung eines Europa bestehen, wo alle Nationen sich selbst angehören, wo der Wille eines einzigen Mannes nicht mehr derartige Uebel entfesseln kann. Wirgen muß sich ein Friedensbund bilden im Namen des demokratischen Geistes, den Frankreich die Ehre hatte, in die Welt einzuführen. Die Nationen, die heute in Waffen stehen, werden morgen die Gesellschaft der Nationen bilden. Das ist die Zukunft der Menschheit, oder man müßte an ihrer Zukunft verzweifeln. Wilson hat gesagt, daß er in diesem Punkte mit uns sei.

Der Rede Ribots folgte eine kurze Geheimhaltung, worauf der Senat mit 23 Stimmen — einstimmig! — der Regierung das Vertrauen votierte. Die Resolution folgt den Inhalt der Ministerrede kurz zusammen und spricht die Ueberzeugung aus, daß ein dauerhafter Frieden nur aus dem Siege der verbündeten Heere hervorgehen könne.

Da es Herrn Ribot heute vor allem darauf ankommt, die Sozialisten gegeneinander zu hegen und die internationale Verständigung zu vereiteln, scheut er sich nicht, den alten völkerverhetzenden Schwundel von der „Mitschuld der deutschen Sozialdemokratie“ am Kriege abermals aufzuführen.

Die Generschaft des französischen Ministerpräsidenten — mag sie sich nun in mehr oder weniger onständigen Formen äußern — ist für uns deutsche Sozialisten nur sehr ehrenvoll. Wir bekämpfen seit Ausbruch des Krieges die deutschen Annexionisten, haben aber doch nie die geringste Neigung gezeigt, etwa deswegen das Treiben der französischen Annexionisten zu begünstigen. Weil wir nichts „zum Sieg der verbündeten Heere“ beitragen wollen, den Herr Ribot wieder auf morgen verschoben hat, sondern weil wir heute schon einen Frieden ohne Eroberungen haben wollen, darum beschimpft uns der Ministerpräsident der französischen Bourgeoisrepublik.

Es ist unser Schicksal, den Chauvinisten aller Länder zu mißfallen!

Haiti.

Berlin, 7. Juni. (M. L. B.) Der Geschäftsträger von Haiti hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes eine Note übergeben, in der gegen den uneingeschränkten Unterjesboofkrieg Einspruch erhoben wird. Zugleich wird Ersatz des Schadens verlangt, der dem haitianischen Handel durch die Versenkung mehrerer Schiffe erwachsen sei; bei den Versenkungen hätten auch haitianische Staatsangehörige ihr Leben verloren. Endlich werden in der Note Bürgschaften für die Zukunft verlangt. — Da die Forderungen der haitianischen Regierung in einer ungewöhnlichen Form gestellt sind, und die Erfüllung binnen einer Frist verlangt wird, in der es nicht einmal möglich gewesen wäre, die angegebenen Gründe nachzuprüfen, so hat es die kaiserliche Regierung für angezeigt gehalten, dem haitianischen Geschäftsträger sogleich seine Pässe zuzustellen.

Deutschland und Brasilien.

Eine deutsche Protestnote.

Basel, 7. Juni. Einer Havasmeldung aus Rio de Janeiro zufolge richtete Deutschland an die brasilianische Regierung einen Protest wegen der Verwendung der deutschen Schiffe.

Der brasilianische Außenminister hat, wie der „Temps“ berichtet, an die Vertreter Brasiliens im Auslande eine Note zur Mitteilung an die betreffenden Regierungen gerichtet, worin die Aufhebung des Neutralitätsdekrets bestätigt und festgesetzt wird, Brasilien habe damit seine traditionelle Freundschaft zu den Vereinigten Staaten bekräftigt. Weiter heißt es in der Note: Brasilien habe niemals kriegerischen Ehrgeiz gehabt und habe auch jetzt keinen. Es werde treu seine Pflicht erfüllen, welches auch immer die Ereignisse von morgen sein werden, die Befassung beobachten, von der es sich leiten lasse und über die es hinsichtlich der dem Rechte, dem Leben und dem Eigentum der Fremden schuldigen Garantien noch nicht hinweggeschritten sei.

Zugleich mit dieser Betueuerung, daß Brasiliens der kriegerische Ehrgeiz abgehe, erfährt man durch den „Peit Parisien“ aus Rio de Janeiro, daß der Senat 270 Millionen für Kriegsausgaben bewilligt habe. Brasilien wird 600 000 Mann aufbieten können. (Frankf. Ztg.)

Begeisterung für den deutschen Militarismus

Stoßfeuer eines italienischen Ordnungsblattes.

Der „Mattino“ (Neapel) schreibt: „Es ist nicht recht ersichtlich, weshalb sich die alliierten Regierungen nicht darüber Rechenschaft geben, daß Petersburg zurzeit viel gefährlicher ist als Stockholm, und alle nach Petersburg gehen lassen, absehen, wie der Fall Cochin zeigt, die Leute mit den verrücktesten Gedanken zurückkehren. Es ist die höchste Zeit, daß man gegen diesen demokratischen Schwundel Front macht. Vom Standpunkt der Ordnung und der Ernsthaftigkeit ist uns die deutsche Militarautokratie immer noch lieber als die Petersburger Herren.“ So mußte es kommen! Am Ende wird die um ihre Rinsen besorgte Ententebourgeoisie vor dem roten Russenschreck noch den preussischen Militarismus zu Hilfe rufen!

Oesterreichischer Reichsrat.

Kompromiß in der Geschäftsordnungsfrage.

Wien, 6. Juni. Abgeordnetenhause. Der ganze heutige Tag war von den Verhandlungen zwischen den Parteien über ein Kompromiß in der Frage der Protokollierung nichtdeutscher Reden ausgefüllt, weshalb die Sitzungen des Hauses zweimal unterbrochen wurden. Berichterstatter Hummer erklärte bei Beginn der dritten Lesung, er könne sich mit der geänderten Vorlage nicht identifizieren, weshalb er die Stelle des Berichterstatters niederlegte. Der Obmann des Geschäftsordnungsausschusses übernahm sodann die Berichterstattung. Bei der Abstimmung wurde die Geschäftsordnungsreform mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit in der gestern beschlossenen Fassung angenommen.

Ein vom polnischen Abgeordneten Leo gemäß einer heute in der Besprechung der Obmänner getroffenen Vereinbarung gestellter Antrag, daß Uebersetzungen der nichtdeutschen Reden in das stenographische Protokoll aufgenommen, dagegen der sprachliche Wortlaut in einem Anhang zu dem Protokoll veröffentlicht werden soll, wird dem Geschäftsordnungsausschuss zugewiesen und wird in der nächsten Sitzung zur Verhandlung gelangen.

Die ewige ungarische Krise.

Die ungarische Krise hat noch immer keine Lösung gefunden; die immer neuen Berufungen und die daran geknüpften Variationen sind so zahlreich, daß sie zu ermüden beginnen und das Interesse an der Lösung der schier ewigen Krise allgemach erkalten lassen.

Und doch handelt es sich um eine Entscheidung von großer Tragweite. Jede wirklich radikale Wahlreform muß in Ungarn das Nationalitätenproblem auf die Tagesordnung setzen, die einseitige Vorherrschaft der Magyaren untergraben und die Tatsache sichtlich machen, daß Oesterreich-Ungarn ein vorwiegend slawischer Staat ist. Eine andere Kraft wirkt in derselben Richtung. Das polnische wie das jüdische Problem heissen dringend einer Lösung, soll sich die innere und äußere Politik der Donaumonarchie festigen. Diese große Aufgabe kann aber nur auf Kosten der augenblicklichen dualistischen Verfassung gelöst werden, die die Gesamtmonarchie in zwei nur durch wenige gemeinsame Angelegenheiten verbundene Staaten scheidet und den Deutschen in Oesterreich, den Magyaren in Ungarn eine privilegierte Stellung einräumt. Darum ist die Gestaltung des ungarischen Wahlrechts, das Maß an Freiheit, die allen ungarländischen Nationen und Klassen zukommt, von europäischem Interesse. Die englische Presse, in der einige ausgezeichnete Kenner Oesterreich-Ungarns schreiben, ist sich über die bedeutungsvollen Zusammenhänge sehr klar. Der „Manchester Guardian“ erklärt, daß ein wesentliches Kriegsziel der Entente gegenüber Oesterreich-Ungarn mit dessen Umwandlung in einen trialfischen Staat erreicht wäre, das will sagen: in einen Staat, in dem neben den heute den Ausschlag gebenden Deutschen und Ungarn auch die Slawen, besonders die Südslawen, eine ihrer Zahl und ihrer Allgemeinentwicklung entsprechende staatsrechtliche Stellung einnehmen.

Darum ist der Widerstand Tiszas so stark, darum ist seine nationale Arbeitspartei so geschlossen. Es geht um das Fundament der nationalen und sozialen Herrschaft des ungarischen Adels und Bürgertums. Die gräfliche Opposition der Andrássy, Karolvi und Apponyi hat gezeigt, daß sie weder die Mitglieder des ungarischen Reichstags noch auch die Massen mit sich reißen kann. So ist denn die Stellung des gestürzten Tisza als Führers der Opposition recht fest: Durch die Sammlung der nationalen Unabhängigkeitspartei um seine Person und Sache stellt er die neue Regierung vor die Wahl, mitten im Krieg mit einem radikalen Programm an die bedröhten und heute allein wahlberechtigten Klassen des Landes zu appellieren und sogar eine Wahlschlange zu riskieren oder über die von Tisza gezogenen Schranken bei Erweiterung des Wahlrechts nicht hinauszugehen, was, nachdem Tisza über ungenügende Vorschläge zur Wahlrechtsreform fiel, eine sehr schmerzliche Niederlage wäre.

In neuester Zeit ist die Idee eines Ministeriums unter dem Vorsitz Burians aufgetaucht. Das wäre eine verschleierte Kapiulation vor Tisza, als dessen gefügiger Freund der ehemalige Außenminister gilt. Aber nach den neuesten Depeschen soll auch diese Kombination schon erledigt sein und der Name Seleres taucht wieder auf.

In ganz Norwegen Steuerungskundgebungen

Kristiania, 7. Juni. (Meldung des norwegischen Telegramm-Bureaus.) In ganz Norwegen haben heute Steuerungskundgebungen stattgefunden, die überall in vollkommener Ordnung verlaufen sind. In Kristiania nahmen 40 000 Personen mit Fahnen, die Aufschriften gegen die Steuerung trugen, teil. Eine Abordnung wurde vom Vorstand des Storting empfangen.

Russische Blätter in Frankreich verboten!

Die „Journal du peuple“ mitteilt, sind die russischen sozialistischen Blätter „Iswestija“, „Pravda“ und „Nova dajogai“ in Frankreich verboten worden.

„Und ich rufe ins Land hinaus: Vive la république!“ Paßverweigerung, Zeitungsverbote — was tut man nicht alles für den Sieg der Freiheit!

Das Ziel der chinesischen Militärdiktatur.

Schenghai, 6. Juni. (Neuermeldung.) Die hiesigen Blätter melden aus Peking, daß der Rücktritt des Präsidenten Lihuanlung im letzten Augenblicke durch den Vizepräsidenten verhindert worden ist. Der Premierminister ist entlassen worden und ebenso der Gouverneur der Provinz Kwangsi Lihangting.

General Nietschitschen, Militärgouverneur von Anhui, erklärte in einer Unterredung, der Präsident müsse entweder das Parlament sofort auflösen oder zurücktreten. Wenn er der Militärpartei nachgebe, könne er in seiner Stellung bleiben. Sonst werde Hsufschischang, der Diktator der neuen Militärregierung, zum Präsidenten ausgerufen werden. Der genannte General sagte, es beständen seine Pläne zur Wiederherstellung der Monarchie, aber er sprach die Warnung aus, daß, wenn der General Lihangschun nach Peking ginge, es nicht geschehen würde, um den Frieden herzustellen, sondern um den Präsidenten zu stürzen und die Mandschudynastie wiederherzustellen.

General Nietschitschen sprach die Ansicht aus, daß die andern Anhänger der neuen Regierung nur ein neues Parlament haben wollten. Er glaube nicht, daß es zum Kampf kommen werde, da alle Truppen in Peking, einschließlich der Leibgarde des Präsidenten, auf Seiten der Militärpartei wären. Er erwarte vielmehr, daß die Krise in vierzehn Tagen vorüber sein werde und daß nach der Wahl des neuen Parlaments der Krieg an Deutschland erklärt werden würde.

Die Erklärung der Unabhängigkeit Albanien

Es scheint in Italien einiges Aufsehen, vielleicht auch einige Beunruhigung zu verursachen, daß die Erklärung, durch die Albanien eine unteilbare Unabhängigkeit unter italienischem Schutz zugewiesen wird, ohne sichtlich festgelegten Entschleunigen geschehen ist. Der „Corriere della Sera“ meint, es sei als rasch erschienen, hauptsächlich Rußland und die Vereinigten Staaten von den aufrichtigen Absichten Italiens zu überzeugen, besonders die Vereinigten Staaten, denen vielleicht die wahre Lage an der Adria noch nicht recht klar ist. Dann meint das Blatt: „Weber eine vorhergehende Verständigung mit den Alliierten hat man weder genaue Angaben noch Einzelheiten. Man weiß nicht, wie eine Einigung erzielt worden ist, deren Vorhandensein jedoch niemand bezweifelt.“ Gleichwohl scheint es Zweifel zu geben, und so spendet „Secolo“ die beruhigende Mitteilung: „Um Mißverständnisse und Ungläubigkeit zu vermeiden, hätte man besser getan, die Unabhängigkeit Albanien durch eine gemeinsame Erklärung aller Alliierten kund zu tun. Es ist jedoch unzweifelhaft, daß Italien auf ausdrücklichen Wunsch der Alliierten gehandelt hat. Kein italienischer Minister hätte die gefährliche Verantwortung für ein Sondervergehen auf sich genommen.“

Weshalb aber ließ man alsdann Italien trotzdem gesondert den Schritt tun? Die Antwort wird wohl in der Folge stehen:

Was gehen die Alliierten die Kolonialkriege an, seitdem die Wiederherstellung des Bittes, das vor dem Kriege auf dem Balkan bestand, ganz unwahrscheinlich geworden ist?

Der Krieg auf den Meeren.

Berlin, 6. Juni 1917. Amtlich.

1. In den nördlichen Sperrgebieten sind durch U-Boote u. a. versenkt worden:

Der englische Dampfer Dromore (268 Br.-R.-T.) und ein englischer Segler, beide in Ballast fahrend, ferner ein unbekannter, tief geladener Dampfer (5000 Br.-R.-T.) aus einem Geseitzuge heraus, ein unbekannter bewaffneter Dampfer (1200 Br.-R.-T.) und eine unbekannte Bark (2000 Br.-R.-T.). Von einer weiteren Anzahl versenkter Schiffe blieben Art und Größe der Fahrzeuge unbekannt, da ihre Versenkung nichts erfolgte.

2. Im Mittelmeer wurden aufs Neue eine Anzahl Dampfer und Segler versenkt mit einem Gesamt-Brutto-Lonnengehalt von

34 900 Tonnen.

Darunter waren mehrere bewaffnete Dampfer verschiedener Größe, deren Namen wegen Berührungsgefahr nicht festgestellt werden konnten, außerdem der englische bewaffnete Dampfer Egyptian Prince (3117 Br.-R.-T.) mit Baumwolle von Alexandria nach Manchester, der englische bewaffnete Dampfer Holmerston (3051 Br.-R.-T.) mit Kohle von Malta nach Port Said und der italienische bewaffnete Dampfer Rio Amazonas (2970 Br.-R.-T.) mit Reis von Port Said nach Italien.

Unter den Ladungen der versenkten Segler befanden sich u. a. 2500 Tonnen Kaphira von Amerika nach Gibraltar und Algier bestimmt.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Madrid, 6. Juni. „Epoca“ veröffentlicht ein Telegramm aus Barcelona, wonach der Kapitän des spanischen Uebersees-Dampfers Ciudad de Cadix den dortigen Marinebehörden einen kräftigen Einspruch gegen das Vorgehen eines englischen Torpedobootes überreichte, das den genannten Dampfer vor der spanischen Küste anhielt, und nach Prüfung der Schiffspläne zum Anlaufen in Gibraltar zwang.

Osag, 6. Juni. (Korrespondenz-Bureau.) Im Monat Mai sind an der niederländischen Küste zwanzig Minen angepflückt worden, wovon 17 englischen, eine deutschen und zwei unbekanntem Ursprungs waren.

Basel, 7. Juni. Die „Neue Zürcher Zeitung“ berichtet aus London: Nach einer von der norwegischen Gesandtschaft in London erhaltenen Information wurden im Monat Mai 49 norwegische Schiffe mit einem Gesamtinhalt von 75 307 Tonnen versenkt.

Die Storaa-Angelegenheit.

Amtlich wird von deutscher Seite nochmals gegenüber Beschuldigungen norwegischer Blätter folgendes festgestellt:

Das Boot, in dem sich das unter einem Leutnant des U-Bootes stehende Sprengkommando an Bord des Dampfers begab, enthielt außer dem Sprengkommando nur den Kapitän, den 2. Steuermann, den Maschinisten und den Koch des Dampfers. Zunächst begab sich nur der Offizier mit dem Sprengkommando an Bord des Schiffes und ließ darauf den 2. Steuermann, den Maschinisten und den Koch an Bord kommen, während der Kapitän des Schiffes in dem Boot an dessen Steuer blieb. Der Offizier des Sprengkommandos ging auf die Kommandobrücke des Schiffes und beschlagnahmte die dort befindlichen nautischen Instrumente, Bücher und Seekarten, die später an Bord des U-Bootes gebracht wurden. Während dieser Zeit stand der Maschinist in der Nähe des Offiziers; ohne Einspruch zu erheben, forderte er im Gegenteil zur Beschlagnahme mit den Worten auf: „Nehmen Sie nur alles mit, sonst geht es doch verloren.“ Nachdem noch ein an Bord des Schiffes schlafend zurückgebliebener Norweger geweckt worden war, verließen sämtliche Norweger das Schiff und begaben sich zu dem Kapitän in das Schiffsboot, das darauf in etwa 30 Meter Entfernung liegen blieb. Keiner von ihnen hat das Schiff wieder betreten. Der weitere Sachverhalt ist aus der amtlichen Veröffentlichung des Admiralsstabes vom 9. April bekannt.

Die amtliche Erklärung schließt: Der Kapitän hat demnach sein Schiff, nachdem er es in dem Schiffsboot verlassen, überhaupt nicht mehr betreten, kann demnach auch keinen deutschen Offizier bei der Entwendung von Gegenständen ertappt und aus seiner Kajüte entfernt haben. Seine Behauptungen sind und bleiben eine verleumderische Erfindung.

Kleine Kriegsnachrichten.

Ministerreisen. Der bulgarische Ministerpräsident Radostawow ist in Begleitung des Chefs des politischen Kabinetts des Zaren und des Direktors der bulgarischen Staatsschuldenverwaltung nach Berlin abgereist.

Der Kriegstreiber Lord Northcliffe ist, wie Reuters meldet, auf Ersuchen des Kriegskabinetts nach Amerika abgereist, um mit den dort wirkenden britischen Abordnungen zusammenzuarbeiten und das von Balfour begonnene Werk fortzusetzen.

Die Veränderungen im französischen Oberkommando dauern an. Laut „Le Temps“ wurde Brigadegeneral Linan an Stelle des Brigadegenerals Loraquay zum Leiter des Kavalleriewesens im Kriegsministerium und Brigadegeneral Julien an Stelle des Divisionsgenerals Chevaller zum Leiter des Geniewesens im Kriegsministerium ernannt. Die Generale Regier und Arnonville, die die Leitung des Flugwesens im Kriegsministerium inne hatten, erhielten Frontkommandos.

Französische Russenbrünnungen. Das „Echo de Paris“ schreibt: Die Ernennung Brusilows zum Generalissimus bedeutet ein Programm. Der Petersburger Korrespondent dieses Blattes meldet, es sei nun kein Zweifel mehr, daß die Tätigkeit an der russisch-rumänischen Front wieder aufleben wird.

Der Reaktionsär Marlow verhaftet. „Dien“ meldet die Verhaftung des reaktionären Dumamitgliedbes Marlow II., der seit Ausbruch der Revolution verhaftet worden war. Vor einigen Tagen tauchte auch der Abgeordnete Burischewitsch in Arrest auf, der auf Einladung der Ingenieure der Riga-Kommu-Bahn vor deren Angestellten und Arbeitern eine Rede halten sollte. Er wurde angeblich mit Kopfnußel empfangen und die Versammlung abgebrochen.

Sasonows Rücktritt endgültig. Die R. Z. A. kann nunmehr melden, daß dem russischen Vorkämpfer in London, Sasonow, dem Sachwalter der zaristischen Eroberungspolitik, der Rücktritt bewilligt worden ist. Er ist ebenso unmöglich geworden wie Jiwolski.

Fliegerleutnant Emil Schaefer gefallen. Leutnant Emil Schaefer, einer der besten und erfolgreichsten Jagdflieger, ist an der Westfront nach Luftkampf tödlich abgestürzt.

Damburger Kriegsausgaben. Die Bürgerchaft bewilligte zu den seit Kriegsbeginn für Kriegsausgaben bewilligten 225 Millionen Mark weitere zwanzig Millionen, sowie zwei Millionen unvorhergesehene Ausgaben.

Politische Uebersicht.

Staatssekretär Solf über das koloniale Kriegsziel.

Auf einer Feier der Leipziger Abteilung der Deutschen Kolonialgesellschaft hielt Staatssekretär Dr. Solf eine Rede, in der er sagte:

Wir wollen unseren Kolonialbesitz wiederhaben und wollen diesen Besitz nach Möglichkeit zu einem widerstandsfähigen und wirtschaftlich leistungsfähigen Gebiete ausgestalten. Gleichzeitig wollen wir der künftigen Gefährdung des europäischen Friedens entgegenwirken, die in der von unseren Gegnern im großen Stille geplanten Militarisation Afrikas droht. Erfreulicherweise ist das ganze deutsche Volk mit diesem Programm einverstanden. Gleichzeitig möchte ich daran erinnern, wie wir schon vor dem Kriege, und zwar in klarer Erkenntnis der Bedeutung eines zusammenhängenden Kolonialbesitzes für die Lebensicherung des deutschen Volkes weitgehende Vorbereitungen getroffen hatten, um auf dem Wege friedlicher Verständigung und Vereinbarung eine unseren dringendsten kolonialen Bedürfnissen entsprechende Ausgestaltung unseres überseeischen Besitzes zu erlangen.

In der Broschüre vom guten und schlechten Frieden (siehe heutige Leitartikel) ist fast ganz Afrika in deutschen Farben angemalt. Herr Solf aber will nur haben, was er gehabt hat, etwas mehr höchstens „auf dem Wege friedlicher Verständigung“. Im alldeutschen Blätterwald wird bald ein fröhliches Scheidenschießen auf ihn beginnen.

Offener Brief an Herrn v. Seydebrand.

In den „Grenzboten“ veröffentlicht der Bibliothekar des Herrenhauses, Dr. Friedrich Thimme, ein auf dem Boden der konservativen Anschauungen stehender Mann, einen offenen Brief an Herrn v. Seydebrand, der eine einzige schwere Anklage gegen die konservative Politik während des Krieges darstellt. Herr Dr. Thimme ist ein Vertreter des scheinbar fast ganz ausgestorbenen gubernementalen Konservatismus, den er gegen die konservative Fronde mit großer Energie vertritt. Er behauptet, daß sehr viele Konservative mit ihm die Richtung der konservativen Parteipolitik als verhängnisvoll betrachten.

Gegenüber den Reichsverbandsmanieren der konservativen Parteiführer prägt er den Satz:

„An dem guten Glauben und dem festen Willen unserer Sozialdemokraten, unter allen Umständen das Beste auch und gerade des deutschen Volkes zu erstreben, sollte überhaupt kein deutscher, kein konservativer Mann zweifeln dürfen.“

Herr v. Seydebrand habe in seiner Herforder Rede wohl in allgemeinen Redensarten seine Bereitschaft zu Reformen ausgesprochen, den Arbeitern aber auch nicht einen einzigen Strohhalm gereicht. Gegenüber der Hege, die mit Scheidemanns Aeußerung über die Revolution getrieben wird, erklärt Thimme, daß die Konservativen sich damit dem Vorwurf des Pharisäertums aussetzen, da man es ja auch in landwirtschaftlichen Kreisen liebe, gelegentlich drohend die Faust zu ballen. Dafür führt er verschiedene Beispiele an und fährt dann fort:

Drahtischer noch sind die „Stimmungsbilder aus landwirtschaftlichen Kreisen“, die die „Kreuz-Zeitung“ am 24. November 1893 veröffentlichte; in ihnen wird klar und unverhüllt damit gedroht, daß die an Allerhöchster Stelle begünstigte Capricieuse Handelsvertragspolitik zur Folge haben müsse, daß in der landwirtschaftlichen Bevölkerung die Liebe zum Königshause in erschreckendem Maße abnehme. Einige Bemerkungen aus diesen Stimmungsbildern mögen gerade im Hinblick auf die heutige Situation in Erinnerung zurückgerufen werden. „Opfern wir den Russen jetzt,“ so hieß es mit Bezug auf den russischen Handelsvertrag, „die ganze Landwirtschaft mit 20 Millionen Menschen, na, dann wollen wir doch schnell auch mit den Franzosen Frieden machen, die verlangen ja viel weniger, bloß das bisherige Elsaß-Lothringen mit den paar Millionen Menschen darin, die uns nicht mal viel nützen... Wir müssen den Handelsvertrag mit Oesterreich und Italien zerreißen, und wenn's mit dem Schwert in der Faust sein muß!“

Ja könnte, Herr v. Seydebrand, solchen Aeußerungen noch viele andere, noch ungleich drahtigere, an die Seite reihen. Auch solche Aeußerungen von konservativer Seite, ja von konservativen Führern, die sich mit größter Schärfe direkt gegen die Person des Kaisers richten, und die immerhin gegen das von Ihnen ausgegebene Wort Scheidemanns von dem Wortbruch als einer Tradition des in Preußen regierenden Hauses aufgewogen werden können.

Thimme fährt dann weiter aus, daß die konservative Bewegung gegen den Reichszentraler doch offensichtlich auf dem Kaiser einen Druck ausüben solle, wodurch das Recht des Kaisers, an dem Mann seines Vertrauens festzuhalten, bedroht sei, und schließt mit der Frage:

Wird die konservative Partei jemals wieder als Hüterin der Kronrechte mit moralischem Recht auftreten können, wenn sie hier nicht jedem Druck auf den Kaiser entgegentritt?

Herrn v. Seydebrands Antwort wird interessant sein — vorausgesetzt, daß der übel zugerichtete Ritter von der Lase nicht der Tapferkeit besseren Teil erwählt und sich seitwärts in die Büsche schlägt.

Neue Ausgabe von eisernem Kleingeld.

Berlin, 6. Juni. In der heutigen Sitzung des Bundesrats gelangten zur Annahme: Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung des Gesetzes, betreffend eine mit den Post- und Telegraphengebühren zu erhebende außerordentliche Reichsabgabe, vom 21. Juni 1916, der Entwurf einer Bekanntmachung über den Verkehr mit Pässern und der Entwurf einer Bekanntmachung, betreffend die Prägung von zehn Millionen Mark in 5-Pfennigstücken aus Eisen.

Letzte Nachrichten.

Austausch russischer gegen deutsche Zivilgefangene vom Arbeiter- und Soldatenrat angeregt.

Petersburg, 7. Juni. Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Der Rat der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten teilt mit: Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten des Petersburger Rates der Arbeiter- und Soldatenabgeordneten beschloß Schritte zu unternehmen, um den Austausch der in Deutschland internierten russischen politischen Flüchtlinge gegen deutsche Zivilgefangene in Rußland zu erreichen. Der Ausschuss hofft, die ausländischen sozialistischen Organisationen werden ihn in diesen Bestrebungen nach Kräften unterstützen.

Russische Vertreter für Stockholm.

Bern, 7. Juni. „Progrès de Lyon“ meldet aus Petersburg, der Arbeiter- und Soldatenrat habe Tschelise Branson, Sokolow, Stawitsch, Kozlowski und Wischniak als Vertreter für die Zusammenkunft auf der Stockholmer Konferenz ernannt.

Bewerkschaftsbewegung

Droht die Wiedereinführung der Nachtarbeit in Bäckereien?

Zu unserer gestrigen Notiz über die Eingabe der Bäckerverbände teilen wir heute noch erläuternd mit:

Es finden gegenwärtig Konferenzen von Vertretern der Reichsregierung und der Regierung der einzelnen Bundesstaaten statt über die Frage, ob nicht eine wesentliche Ersparnis von Heizmaterial durch Schließung der kleinen Bäckereien und Zusammenlegung dieser zu Großbetrieben unter gleichzeitiger Wiedereinführung der Nachtarbeit empfehlenswert sei. Zu diesen Verhandlungen sind bisher die beteiligten Arbeiterverbände nicht hinzugezogen worden. Die drei großen Bäckerverbände, der der freien Gewerkschaften, der der christlichen Gewerkschaften und der der Christlich-Sozialen Gewerkschaften, wenden sich in der von uns erwähnten, auch den in Betracht kommenden Ministerien der Bundesstaaten zugesandten Eingabe an das Reichsamt des Innern mit aller Entschiedenheit gegen die geplanten Maßnahmen. In der Eingabe wird dargelegt, daß die geplante Zusammenlegung der Betriebe unter keinen Umständen einen wirtschaftlichen Erfolg zeitigen könne, daß vielmehr schwere wirtschaftliche Gefahren daraus erwachsen würden. Es sei ausgeschlossen, daß dadurch eine größere Ersparnis an Heizmaterial erzielt würde. Schon heute seien ungefähr 40 Proz. der Bäckereibetriebe eingegangen. Eine weitere förmlich herbeigeführte Einstellung von Betrieben werde die Gefahr großer Arbeitslosigkeit, namentlich nach Beendigung des Krieges, mit sich bringen; es sei dann ganz undenkbar, für die Kriegsbeschädigten aus dem Bäckergewerbe eine entsprechende Unterfrucht zu finden.

Von der Wiedereinführung der Nachtarbeit würde das Gegenteil von dem erreicht werden, was erwartet wird. Jeder Fachmann wisse, daß die Wiedereinführung der Nachtarbeit keine Kohlenersparnis mit sich bringen werde; auf alle Fälle würde aber eine eventuelle Kohlenersparnis durch die weit größeren Ausgaben für Licht aufgewogen werden. Außerdem aber würde am Tage weit aufmerksamer und vorteilhafter gearbeitet als nachts und vor allem werde auch viel vorsichtiger mit dem sehr knappen Rohmaterial umgegangen. Auch eine viel größere Sauberkeit in den Bäckereibetrieben sei durch die Tagesarbeit erzielt worden. Die Nachtarbeit werde nur einzelnen Großbetrieben Vorteile bringen, den ganzen Beruf und der Volksernährung aber nur Schaden. Dringend wird die Reichsregierung gebeten, falls weitere Maßnahmen in dieser wichtigen Frage geplant sind, eine gründliche Beratung mit Berufsfachverständigen stattfinden zu lassen, und dazu auch Vertreter der Arbeiterorganisationen hinzuzuziehen.

Wir können diese Eingabe der Bäckerverbände natürlich nur auf das allerentschiedenste unterstützen. Es machen sich offenbar Bestrebungen einzelner interessierter Schichten geltend, die hier einen günstigen Moment für gekommen erachten, die Nachtarbeit in den Bäckereien wieder einzuführen. Hier können nur die Allgemeininteressen maßgebend sein und die gebieten ein striktes Festhalten an dem Verbot der Nachtarbeit.

Berlin und Umgegend.

Erfolgreiche Lohnbewegung der Werkschreiber bei der Firma Daimler.

Obwohl die Firma Daimler zu den Industriefirmen gehört, die während des Krieges das glänzendste Geschäft gemacht haben, zählt sie ihren Angestellten zum großen Teil Löhne, die in keiner Weise den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechen. Die Werkschreiber erhielten bisher Wochenlöhne von 30 bis 38 M., die Werkschreiberinnen 18 bis 24 M. Dazu wurden bei den männlichen Angestellten Feuerungszulagen von 1,50 bis 4,50 M. wöchentlich, bei den weiblichen Angestellten 2 M. gewährt, jedoch erhielt ein Teil der weiblichen Angestellten überhaupt keine Feuerungszulage. Im April stellten die Angestellten durch ihre Organisation, den Verband der Bureauangestellten, die Forderung, eine durchgängige Erhöhung der Löhne und Feuerungszulagen für männliche und weibliche Angestellte um 15 M. wöchentlich zu bewilligen. Die Direktion lehnte es ab, mit der Organisation zu verhandeln, sie wollte nur mit den Angestellten verhandeln, während eine Verhandlung des Verbandes nur mit dem Verband der Berliner Metallindustriellen in Betracht komme. Hierauf nahmen die Angestellten durch eine selbstgewählte Kommission die Verhandlung auf. Diese hatte den Erfolg, daß, nachdem bereits eine Erhöhung der Löhne für die männlichen Werkschreiber um 2 M., für die Werkschreiberinnen um 1 M. bewilligt worden war, nun die Feuerungszulagen wie folgt geregelt worden sind: Verheiratete Werkschreiber erhalten wöchentlich 8 M. Zulage, für jedes Kind 2 M.; verheiratete Werkschreiberinnen 5 M., für jedes Kind 2 M.; unverheiratete männliche und weibliche Werkschreiber 5 M.

Die bewilligten Erhöhungen werden ab 1. April nachgezahlt. Wenn auch die nunmehr gezahlten Löhne und Feuerungszulagen noch erheblich hinter den Anforderungen, die das Leben jetzt an den Angestellten und Arbeiter stellt, zurückbleiben, so ist doch mit Hilfe der Organisation ein guter Schritt getan, sie den Verhältnissen anzupassen und die Notlage der Angestellten etwas zu erleichtern. Aufgabe der Angestellten in der Industrie muß es sein, ihre Organisation überall so zu kräftigen, daß durchweg angemessene Erfolge errungen werden können. Deshalb hinein in den Verband der Bureauangestellten!

Parteinachrichten.

Aus den Organisationen.

Die Mitgliederzahl des Sozialdemokratischen Vereins im 2. Hamburger Wahlkreis ist um 4339 zurückgegangen. Es wurden am Schluß des Jahres 24882 männliche und 6473 weibliche Mitglieder gezählt.

Die Neuaufnahmen betragen nur 681 gegen 940 im Vorjahre. Zum Beerdendienst eingezogen waren bis zum 31. März 1917 insgesamt 21704 Mitglieder.

Nach eingehender Schilderung der organisatorischen Kämpfe sagte der Berichterstatter Gen. Große: „Unsere Duldsamkeit ist sicher zu weit gegangen. Wir dürfen hoffen, daß unsere Organisationsarbeit jetzt fruchtbarer sein wird als in den Zeiten, in denen wir uns fortgesetzt mit der Opposition herumstreiten mußten.“

In der Aussprache erklärten verschiedene Redner ihre Zufriedenheit damit, daß nur wenige Ausschlüsse notwendig geworden seien.

In einer Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mannheim teilte der Parteisekretär Strobel mit, daß sich bisher ganze dreizehn Mann zu den Unabhängigen abgemeldet hätten.

In der Generalversammlung des 17. sächsischen Wahlkreises in Richtenstein teilte Genosse Steyer mit, daß die Mitgliederzahl zurzeit 1337 männliche und 247 weibliche betragen, worunter sich eine Anzahl Genossen befinden, denen infolge schlechter Erwerbsverhältnisse die Beiträge gestundet werden mußten. So hat es dem Kreisvorstand auch angekommen sei, es blieb ihm nichts anders möglich, als dem Abgeordneten Wilhelm Stolle mitzuteilen, daß er auf Grund seines Verhaltens die Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei Deutschlands und damit auch der Organisation des 17. Wahlkreises selbst abgebrochen habe. Selbstverständlich handele es sich dabei nicht um Stollens entgegengesetzte Auffassung gegenüber der Politik der Fraktionsmehrheit und der Politik des Parteivorstandes, denn solch entgegengesetzte Auffassung könne nach wie vor jeder haben und betätigen, ohne daß irgend jemand etwas dagegen unternehmen würde. Der Kreisvorstand betrachte es als eine Unmöglichkeit, daß jemand zwei Parteien angehöre. Die Versammlung

billigte einstimmig die Haltung der „Chemnitzer Volkstimme“ und sprach ihrem ehemaligen Redakteur Gen. Heilmann warmen Dank aus.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Dresden-Neustadt wies Landtagsabgeordneter Gen. Wirth auf die schweren organisatorischen Schädigungen durch die Einberufungen hin. Dazu seien die Treiberen der Parteigerhörten gekommen, die der Redner padend veranschaulichte. Zum Beispiel hätten in einem Bezirk von Dresden-Neustadt durch die Agitation der Opposition für die „Leipziger Volkszeitung“ 20 Leser die „Dresdner Volkszeitung“ abbestellt. Dabei wurde später festgestellt, daß von diesen 20 nur 2 einer die „Leipziger Volkszeitung“, die 25 andere aber die „Neuesten Nachrichten“ und den „Dresdner Anzeiger“ abonniert hätten.

Gegen den Schluß der Verhandlungen kamen doch noch die Auseinandersetzungen in der Partei zu schwachem Leben. Die Genossen Kampf (Reichenberg), Kurzhals, Paul Kurz, Küchenmeister und Schlag hatten eine Resolution eingebracht, die von der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verlangte, sie solle wegen der ungenügenden Erklärung des Reichstanzlers zur Friedensfrage nunmehr die weiteren Kriegskredite verweigern.

An der kurzen sachlichen Debatte, die diese Resolution entziffelte, beteiligten sich in befürwortendem Sinne die Genossen Kamp, Kurzhals und Paul Kurz, während sich die Genossen Bud, Sindermann, Wirth und Braune gegen den Antrag wandten, vor dessen Annahme warnten und seine Schädlichkeit gerade in der Zeit, wo die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz in Stockholm in vollem Gange seien, hervorhoben. Bei der Abstimmung wurde die Resolution mit allen gegen nur acht Stimmen abgelehnt.

Die am 3. Juni 1917 in Bredow abgehaltene Kreis-Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlkreises Radow-Greifenhagen begrüßte den zu Ostern 1917 in Gotha erfolgten Zusammenschluß der Opposition zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und beschloß: Der Sozialdemokratische Wahlkreis Radow-Greifenhagen erklärt mit seinem sämtlichen Vermögen den Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Auf der Generalversammlung des Wahlkreises für Stralsund-Franzburg-Rügen wurde Genosse K a z e n s t e i n als Wahlkandidat aufgestellt. Zur Politik der Partei lagen zwei Anträge vor, und zwar der Antrag der Stralsunder Genossen, welcher die Politik des Parteivorstandes und Parteiausschusses verurteilt und den Anschluß an die neue Partei „Unabhängige sozialdemokratische Partei“ wünscht, und ein Antrag des Kreisvorstandes. Der erste Antrag wird einstimmig abgelehnt. Die folgende Resolution, die vom Genossen Freyer begründet wird, wurde einstimmig zum Beschluß erhoben:

Die Kreisgeneralversammlung des Sozialdemokratischen Kreiswahlkreises für Stralsund-Franzburg-Rügen erklärt: Die Absicht, die in der Partei herrschenden Meinungsverschiedenheiten erst nach dem Kriege zum Austrag zu bringen, wird durch die Agitation für eine andere Organisation sowie den Antrag Stralsunder Genossen, sich der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei (bisher Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft) anzuschließen, vereitelt. Die Kreisgeneralversammlung als die berufene Instanz der Organisation kann solchen Tritten nicht mehr untätig zusehen, sie beschließt deshalb: Mitglieder, die einer anderen Organisation als der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören oder für andere Organisationen Propaganda machen oder sonstwie tätig sind, können nicht zugleich Mitglieder des Sozialdemokratischen Kreiswahlkreises Stralsund-Franzburg-Rügen sein.

Die schwedische Arbeiterpartei hielt Ende Mai ihren Gründungsparlament in Stockholm ab, auf dem sich die neue Partei, die „Sozialdemokratische Linkspartei Schwedens“, konstituierte. Erschienen waren rund 200 Delegierte als Vertreter 300 verschiedener Organisationen mit über 30 000 Mitgliedern. Nach einer Begrüßungsrede des Abgeordneten Hage hielten die anwesenden ausländischen Gäste kürzere Ansprachen. Frau Helene Lurie teilte dabei mit, daß die linksgehende Richtung (Lenin) stark sei und vielleicht bald die stärkste werden würde. Grimm sprach für die Zimmerwald-Internationale. Helm hob hervor, daß die russische Revolution nur ein Anfang zu der sozialen Revolution wäre, die kommen müsse. Kadek sprach für die Bolschewiki-Richtung in Rußland.

Von den Beschlüssen der neuen Partei ist bemerkenswert die Forderung an die Parteimitglieder, zur Schaffung einer Gewerkschaftsbewegung mitzuwirken, die von revolutionärem sozialistischem Geiste erfüllt wäre und deren Tätigkeit wie Kampfmethoden sich nach der zunehmenden Macht und Brutalität des Kapitalismus richteten.

Zum Parteisekretär wurde der frühere Sekretär der alten Partei, Abgeordneter Ström, gewählt.

In den Kongreßverhandlungen erklärte der „Sozialdemokrat“, das Organ der schwedischen Arbeiterpartei, unter anderem, daß die meisten der genannten ausländischen Gäste nicht als Vertreter ihrer Organisationen, sondern nur als Privatleute am Kongreß teilgenommen hätten.

Soziales.

Arbeitstherapie in der Arbeiterversicherung.

Schon häufig hatten wir Veranlassung, die Arbeitstherapie anerkennend hervorzuheben, die in der neueren Zeit angewendet wird, um den Kriegsbeschädigten ihre Erwerbstätigkeit so weit als möglich wieder zu geben und zugleich auch, um das im wirtschaftlichen Leben so wertvolle Zutrauen zur eigenen Leistungsfähigkeit zu wecken. Was von den Kriegsbeschädigten gilt, gilt natürlich auch von den Verletzten anderer Art. Auch ihnen müssen die Erfahrungen zugute kommen, die jetzt gemacht worden sind.

Es ist erfreulich, daß dieser Gedanke auch anderwärts Wurzeln geschlagen hat. In seinem letzten Geschäftsbericht sagt das Reichsversicherungsamt, es sei schon vor dem Kriege dem Gedanken nähergetreten, Einrichtungen für eine möglichst weitgehende Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der Erkranken zu schaffen. Es wertete dann auf die guten Erfahrungen, die in hohem Maße in den Werkstätten gemacht worden sind, die der Wiederherstellung der Kriegsbeschädigten dienen, und es sagt, daß zurzeit Verhandlungen kämben, die Erfahrungen auf dem Gebiete der Kriegsbeschädigtenfürsorge in weitem Umfange für die Unfallverletzten nutzbar zu machen. Die soziale Fürsorge für einen an der Gesundheit geschädigten Versicherten darf nicht mit Abschluß der medizinischen Heilbehandlung als beendet angesehen werden, da sonst wertvolle menschliche Arbeitskraft verloren gehen kann. Jeder wird diesen Satz unterschreiben und das Vordringen des Reichsversicherungsamtes begrüßen. Hoffentlich werden aber die geplanten Einrichtungen nicht dadurch aus, daß sie zu Rentenquerschnitten werden.

Wohnungsweien nach dem Kriege.

Das königlich sächsische Ministerium des Innern hat vor kurzem auf Anregung der Zentralstelle für Wohnungsfürsorge im Königreich Sachsen angeordnet, daß nach dem Kriege eine fortlaufende Erhebung über die ausgeführten und weggefallenen Wohnungsbauten in den 160 größeren Gemeinden des Königreichs, auf die sich die Wohnungsfürsorgeerhebung vom Jahre 1912 sowie die Wohnungszählung vom 12. Oktober 1916 erstreckten, eingerichtet wird. Die Erhebung wird sich inhaltlich an die in den größeren Städten des Deutschen Reiches für die jährliche Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt übliche anschließen, darüber hinaus sollen durch Feststellung der Geschözahl der Anwendung etwaiger Vauerleichterungen und der Größe der Vauplan- und Vauflächen Unterlagen zur Beurteilung der Frage der Ausbreitung des Hoch- oder Flachbaues, der Erleichterung des Kleinwohnungsbaues und für Entwicklung der Haus- und Grundstücksflächen der neubauten Grundstücke gewonnen werden. Ferner soll zunächst für die erste Zeit nach dem Kriege in

diesen 160 Gemeinden auch eine fortlaufende Erhebung über die erteilten Bauerlaubnisse eingerichtet werden, während der ersten drei Jahre nach dem Kriege ist eine monatliche Berichterstattung vorzusehen. Mit diesen Erhebungen sollen wichtige Unterlagen für die später in den einzelnen Gemeinden zu ergreifenden Wohnungsfürsorgemaßnahmen gewonnen und ein Vorbild geschaffen werden, das hoffentlich auch in anderen Bundesstaaten bald Nachahmung findet.

Scharfe Mahnung an einen kinderfeindlichen Hausbesitzer.

In Waldenburg in Schlesien wollte ein mit Kindern gesegneter Familienvater eine im dritten Stockwerk eines Hauses gelegene Wohnung mieten. Der Hauswirt erklärte jedoch, daß er diese Wohnung nur an kinderlose Familien abgeben wolle. Der Bürgermeister, der dies erfuhr, richtete daraufhin an den Hauswirt ein Schreiben, in dem es heißt: „Darin, daß Sie die Wohnung im dritten Stockwerk Ihres Hauses nur an Familien ohne Kinder vermieten wollen, liegt eine Schädigung des Allgemeinwohls, die in der jetzigen Zeit, wo die heranwachsende Jugend den kostbarsten Schatz unseres Volkes bildet, doppelt zu verurteilen ist. Mit Rücksicht darauf, daß Sie auf Ihr Grundstüd eine Hypothek von uns erhalten haben, fordern wir Sie auf, binnen einer Woche eine Erklärung abzugeben, daß Sie die Wohnungen in Ihrem Hause an jeden ordentlichen Mieter abgeben wollen, gleichgültig, ob und wieviel Kinder er hat.“

Auch ausländische Angehörige deutscher Kriegsteilnehmer haben Anspruch auf Familienunterstützung.

In diesem Sinne hat das Bundesamt für das Heimatwesen in einem neueren Erkenntnis entschieden. Die unverheiratete Arbeiterin Josefa A. ist russische Staatsangehörige, ihr unehelicher Sohn, der sie unterstützt hat, dient im deutschen Heer. Sie wurde wegen militärischer Gründe aus ihrem bisherigen Wohnsitz in der Nähe von Essen nach Dortmund abgehoben. Diese Gemeinde verlangte von der ersten Wohnungsgemeinde, in der die A. den landesrechtlichen Unterstützungswohnsitz erworben hatte, Erstattung der Kriegsteilnehmer. Das Bundesamt für das Heimatwesen erkannte darin, daß nach dem Zweck des Gesetzes über die Gewährung von Familienunterstützungen kein Zweifel darüber bestehe, daß die Unterstützung der Kriegsteilnehmer im Zusammenhang mit den Dienstleistungen der Kriegsteilnehmer stehen solle. Das Gesetz macht ferner keinen Unterschied zwischen ausländischen und inländischen Staatsangehörigen. Seine Vorschriften erstrecken sich daher auf die Sicherstellung der Angehörigen aller von dem Gesetz überhaupt betroffenen Kriegsteilnehmer ohne Unterschied ihrer Staatsangehörigkeit. Die Kriegsteilnehmer sollten schlechthin der Sorge für die Person ihrer Angehörigen entzogen sein. Dabei kann die Frage der oft von Zufälligkeiten abhängigen Staatsangehörigkeit keine Rolle spielen.

Gerichtszeitung.

Der „ungenau unterrichtete“ Hausbesitzer. Zum zweiten Male hatte sich das Gericht mit der Angelegenheit eines Hausbesitzers zu beschäftigen, der wegen Betruges gegenüber dem Magistrat angeklagt war. Der Hausbesitzer und Rentier Albert Kniebandel, der auch Armenkommissionsvorsitzer war, zahlte unter seinen Mietern im Hause der Faldensteinstraße auch mehrere Arbeiterfamilien, die bekanntlich vom Magistrat Mietbeihilfen unter der Voraussetzung erhalten, daß auch seitens der Hauseigentümer ein entsprechender Mietnachschuß gewährt wird. Der Angeklagte hatte, als eine seiner Mieterinnen beim Magistrat um Mietbeihilfe eingekommen war, auf dem Mietvertragssamt einen Revers unterschrieben, wonach er sich bereit erklärte, seinerseits während der Dauer des Krieges einen kleinen Betrag von der Monatsmiete abzurufen. Er hat diese Verpflichtung aber nicht innegehalten, sondern, wie später zur Kenntnis der Behörde gekommen ist, der betreffenden Arbeiterfamilie keinen weiteren Abzug gestattet, sondern den nach Abzug der städtischen Beihilfe verbleibenden vollen Rest der Monatsmiete beanprucht. Die Arbeiterfrau hat auch Monate hindurch diesen vollen Rest an den Angeklagten bezahlt, und sie erklärte dies vor Gericht damit, daß sie durch eine Verärgerung des Angeklagten zu der Befolgung gekommen sei, erforderlichenfalls ermittelt zu werden. Der Angeklagte hatte sich vor Gericht damit zu entschuldigen versucht, daß er über die bei solchen Mietbeihilfen das Magistrats in Frage kommenden Einzelbestimmungen nicht ganz genau unterrichtet gewesen sei. Das Schöffengericht Berlin-Mitte hielt diesen Einwand für unwirksam und verurteilte den Angeklagten zu 500 M. Geldstrafe. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde gestern von der 7. Strafkammer des Landgerichts I nach nochmaliger Beweisaufnahme verworfen.

Keine Möglichkeit, den Lehrling auszubilden. Ein Wachsenmacher, der neben seinem Ladengeschäft eine Reparaturwerkstatt unterhält, in der er einen Lehrling beschäftigt, ist seit längerer Zeit zum Beerdienst eingezogen. Seitdem arbeitet der Lehrling ganz allein in der Werkstatt. Er wird beaufsichtigt durch einen kaummännlichen Angestellten. In letzter Zeit kommt auch der in Spandau in Dienst stehende Betriebsinhaber jeden Abend auf eine halbe, höchstens eine ganze Stunde ins Geschäft. Da unter diesen Umständen von einer ordnungsmäßigen Ausbildung des Lehrlings keine Rede sein kann, so klagte der Lehrling beim Gewerbegericht auf Lösung des Vertrages. — Das Gericht hielt die Forderung des Klägers für durchaus berechtigt und riet deshalb dem Beklagten, den Lehrling freizugeben. Darauf wollte aber der Beklagte durchaus nicht eingehen. Er wurde dann verurteilt, in die Lösung des Lehrvertrages zu willigen, da ihm ja — so sehr auch die Kollage zu bedauern sei, in die er durch Ableistung der Militärdienstgeraten sei — jede Möglichkeit, den Lehrling auszubilden, fehle.

Eine Episode aus dem Streik der Rüstungsarbeiter bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts. Der Kläger war bei der Firma Erdmann u. Groß beschäftigt, er hatte den Streik mitgemacht und ist unmittelbar darauf entlassen worden, hat aber keinen Abfchirschein bekommen. Infolge einer Entscheidung des vom Kläger angerufenen Kriegsausschusses mußte die Firma den Abfchirschein erteilen. Der Kläger verlangte vor dem Gewerbegericht Schadenersatz für den Lohnausfall an zwei Tagen, der ihm durch die verspätete Erteilung des Abfchirscheins entstanden ist. — Der Vertreter der beklagten Firma sagte, der Kläger habe am Tage nach dem Streik, als die Arbeiter und Arbeiterinnen zur Wiederaufnahme der Arbeit erschienen waren, dieselben zur Fortsetzung des Streiks zu bewegen versucht. Bei den Arbeiterinnen habe die Agitation des Klägers Erfolg gehabt, während die männlichen Arbeiter sich zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit erklärt hätten. Unter diesen Umständen habe die Firma den Betrieb nicht eröffnen können. Den Kläger habe sie wegen seiner Agitation sofort entlassen. Zur Erteilung des Abfchirscheins glaube sie nicht verpflichtet zu sein, weil ihrer Meinung nach der Kläger im Militärverhältnis stand, denn sie habe ihn reklamiert und er sei infolgedessen beurlaubt worden. Nach der Entlassung aus dem Arbeitsverhältnis habe die Firma den Vorgang der Militärbehörde mitgeteilt und die Reklamation zurückgezogen. Damit habe sie die Gelegenheit für erledigt gehalten.

Aus dem Militärpaß des Klägers wurde festgestellt, daß er nicht beurlaubt, sondern vom Militär zur Arbeitsleistung nach Berlin entlassen ist, also in seinem Arbeitsverhältnis dem Hilfsdienstgesetz untersteht.

Das Gericht verurteilte die beklagte Firma, dem Kläger den Lohn für zwei Tage zu zahlen. In der Urteilsbegründung sagte der Vorsitzende, es sei die Ansicht des Gerichts, daß das Verhalten des Klägers in scharfster Weise zu verurteilen sei, aber nach der Rechtslage habe er Anspruch auf sofortige Erteilung des Abfchirscheins gehabt, da er ja von der Firma entlassen worden sei.

Stadtverordnetenversammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 7. Juni 1917, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher-Stellvertreter Cassel nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Am 25. Mai ist der Stadtv. Redakteur Carl Goldschmidt nach längerem Leiden verstorben. Der Vorsteher widmet ihm einen ehrenden Nachruf.

Die Beschlüsse der Versammlung zur Änderung des § 17 der Satzung für die städtische Feuerlöschtruppe haben die Billigung des Magistrats nur teilweise gefunden. Er tritt dem Beschlusse, daß Neuabmachungen von Gebäuden infolge außergewöhnlicher Änderung der Baukosten gegenüber der Abschätzungszeit „auf Antrag des Versicherers“ auch vor Ablauf der zehnjährigen Frist vorzunehmen sind, zwar bei, hält dann aber auch die Annahme des vom Plenum abgelehnten Ausschussvorschlages für notwendig, wonach dem § 17 noch der Zusatz gegeben werden sollte: „Erläßt sich . . . der Eigentümer . . . bereit, bis zur Feststellung des neuen Schätzwertes einen Zuschlag von 3 1/2 Proz. zu dem nach dem bisherigen Schätzwert sich ergebenden Jahresbeitrage zu entrichten, so übernimmt die Feuerlöschtruppe bei einem Brandschaden auch schon vor durchgeführter Neuabmachung die Zahlung der Entschädigungssumme für die Wiederherstellung des Gebäudes nach den zur Zeit des Brandes maßgebenden Preisen.“

Stadtv. Biffing (Fr. Fr.) bedauert die Stellungnahme des Magistrats. Dieser schiene durchaus eine vollständige Reutagierung herbeiführen zu wollen. Man möge die Sache nochmals in einem Ausschusse prüfen.

Stadtv. Dr. Rosenfeld (Soz.) stellt sich mit seinen Freunden auf den Standpunkt des Magistrats. Gewiß sei die finanzielle Lage der Hausbesitzer zu berücksichtigen; andererseits dürfe man doch nicht daran vorbeigehen, daß es jetzt den Hausbesitzern vielfach gelingt, die Mieten zu steigern (Widerpruch), jede Nummer des „Grundbesitzers“ beweist das. Zur nochmaligen Ausschussberatung liege keine Veranlassung vor.

Stadtrat Wagner kann auch von nochmaliger Ausschussberatung keinen Nutzen erwarten.

Stadtv. Dahn (Linke) protestiert im Verein mit dem Stadtv. Biffing sehr lebhaft gegen die Behauptung, daß die Hausbesitzer mit Mietsteigerungen in großem Umfange Erfolg gehabt hätten. Es handle sich nur um einen Versuch eines oder zweier Grundbesitzervereine, der von der Gesamtheit nicht gebilligt werde.

Stadtv. Dr. Rosenfeld verweist demgegenüber auf die zahlreichen Mitteilungen der Grundbesitzervereine in ihren eigenen Organen und hält seine Behauptung voll und ganz aufrecht.

Die weitere Verhandlung leitet der zweite Vorsteher-Stellvertreter Heimann (Soz.).

An der Beratung beteiligen sich noch die Stadtv. Biffing und Gelpke (Fr. Fr.).

Der Antrag Biffing auf nochmalige Ausschussberatung wird mit knapper Mehrheit abgelehnt; in zweiter Lesung gelangt der Magistratsantrag zur Annahme.

Zur Beratung gelangen nunmehr die (von uns bereits ffigierten) Vorschläge des Magistrats über

Änderungen im höheren Schulwesen

für die männliche Jugend. Diese Pläne sollen gleichzeitig der Versorgung der nördlichen Außenbezirke der Stadt mit höheren Lehranstalten und dem „Aufstieg der Begabten“ dienen. Beabsichtigt wird 1. die Verlegung des Sophien-Gymnasiums nach dem Nordosten an den Kurischen Platz und die Errichtung einer Oberrealschule im alten Gebäude, 2. die Gründung einer neuen Oberrealschule am Wedding in der Nähe des Courcour-Weges, 3. Umwandlung des Köllnischen Gymnasiums in eine Schule für besonders begabte Gemeindschüler; 4. Umwandlung des Friedrichsgymnasiums in eine einzügige Anstalt und Errichtung einer vergrößerten Realschule (Kämpf-Schule) in seinen Räumen.

Von mehreren Seiten wird Ausschussberatung beantragt.

Stadtv. Cassel (Linke): Die Verlegung höherer Schulen in die Außenbezirke liegt in den Verhältnissen wohl begründet. Eine Schwierigkeit liegt in der Vorfrage. Bei zwei der neuen Anstalten soll die Vorschule beibehalten werden. Nachdem der Kultusminister durch Erlass vom vorigen Jahr die Wege gewiesen hat, den Übergang von der Volksschule zur höheren Lehranstalt schon nach dreijährigem Besuch der ersteren zu ermöglichen, ist jeder Grund weggefallen, mit der Beseitigung der Vorschulen noch länger zu zögern. Die Rücksicht auf die in den Vororten bestehenden Vorschulen kann nicht ausschlaggebend sein; in diesem Punkte werden sich Verhandlungen des Magistrats mit den betr. Kommunen empfehlen. Für die neuen Pläne zur Schaffung der Möglichkeit des Aufstiegs der Hochbegabten aus der Volksschule verdient Stadtschulrat Reimann unseren besonderen Dank. Voraussetzung ist natürlich Verzicht auf jede Schablone und liebevolle Rücksichtnahme auf die Individualität bei der Auswahl des Schülersmaterials.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Die Vorlage versucht eine Lösung der Frage des „Aufstiegs der Begabten“, der „freien Bahn allen Tüchtigen“. In der Vorlage ist nur die Rede von den Hochbegabten, den Leberbegabten, nicht von den normal Begabten; immerhin muß anerkannt werden, daß die Erfahrungen des Weltkrieges auch hier den Beginn einer grundlegenden Reform angebahnt haben. Wir treten dafür ein, daß jede Verbesserung im Schulwesen wegzufallen hat, daß das Bildungsniveau des gesamten Volkes gehoben wird, wie es schon unser Erfurter Programm verlangt. Darum fordern wir die Einheitschule mit gemeinsamem Unterricht, Unentgeltlichkeit des Schulbesuchs und der Lehrmittel, Gewährung der Unterhaltskosten usw. Praktisch erreichbar scheint zurzeit freilich nur die Schaffung einiger hundert Konzeptionspennaler; aber deshalb sind unsere Forderungen doch keine Utopien, denn für sie treten in immer steigendem Maße die pädagogischen Autoritäten ein.

Von der Vorlage sind wir nach der Klame, die für sie gemacht ist, enttäuscht, denn sie hat auf dem Wege von der Deputation zu uns im Magistrat eine arge Verschlimmderung erfahren, und zwar gerade nach der sozialen Seite hin. Die Vorschulen müssen beseitigt, die Massenfrequenz muß herabgesetzt, die schulärztliche Organisation vervollkommen werden. Nicht gutheißen können wir die oberflächliche Art, in der sich die Vorlage mit der Forderung der Einheitschule abfindet. Die Beihilfe von 300 M. scheint nicht in allen Fällen ausreichend. Die allerersten Bedenken erregt aber die Zwangsanleihe der Schüler, bei der man sich erlaubt, einen Unterschied zu machen, je nachdem Schulgeld bezahlt wird oder nicht. Man will, wenigstens bei denen, für die Freischule beantragt wird, auch eine Prüfung der Würdigkeit vornehmen. Wegen einer solche Kaufschulbestimmung muß der energische Protest erhoben werden; der Urheber dieses Vorschlages hat wahrlich des Geistes der jetzigen Zeit keinen Hauch verspürt! Der Vorlage sind daher eine ganze Anzahl Mißstände auszubuchen. Bei den Vorschulen kommt auch in dieser Vorlage der kapitalistische Feindschick wieder zum Vorschein. Hier kann es kein Kompromiß geben, Vorschulen sind unnötig und schädlich. Die Beseitigung der Vorschulen, die nur Sperrschulen, Standesschulen, die eine realtionalere Schöpfung sind, ist ja doch ein alte Forderung der Freisinnigen und der Abg. Ernst hat 1908 im Abgeordnetenhause goldene Worte gesprochen, als er den Antrag auf Beseitigung begründete. — Um als Abschlagszahlung annehmbar zu sein, muß die Vorlage erheblich umgearbeitet und vervollkommen werden.

Stadtv. Dr. Knauer (Linke) begrüßt die Vorlage als einen großen Fortschritt. Berlin sollte diese Gelegenheit benutzen auch ein Reformprogramm zu schaffen. Die Würdigkeit und die Gesittung jedes Schülers, nicht etwa nur der Freischüler, zu prüfen, habe die Stadt das allergrößte Interesse.

Stadtschulrat Reimann: Von uns ist für unsere Pläne keine Klame gemacht worden. Die Vororte werden nicht davon ablassen, uns die Steuerzahler auch auf dem Wege der Vorschulen abzunehmen, wenn wir auf diese verzichten. Daß der Junge auch eine besondere Würdigkeit besitzen muß, ist doch eigentlich selbstverständlich. Auf die Idee des Reformgymnasiums wird später zurückzukommen sein.

Stadtv. Dr. Tropske (Linke) verteidigt die Vorschule, die nach der jetzigen Lage der Dinge nicht entbehrt werden könne.

Stadtv. Cassel stellt fest, daß der Vorredner mit seiner Auffassung in der Fraktion allein steht.

Stadtv. Dr. Wehl: Daß die Unterscheidung nach dem Schulgeld bei der Prüfung der Würdigkeit erst durch den Magistrat in die Vorlage gekommen ist, wird der Schulrat nicht bestreiten. Er hat hier freilich bloß ein Amt und keine Meinung.

Die Vorlage geht auf einen Ausschuss.

Die Kriegszulage für die städtischen Arbeiter, Angestellten, Beamten und Lehrer soll in den seit 1. Dezember 1916 gültigen Sätzen vom 1. Juli d. J. ab für Verheiratete (nicht für Ledige) eine Erhöhung und Erweiterung erfahren. Bisher erhalten Verheiratete ohne Kinder bei einem Gesamteinkommen bis zu 4500 M. monatlich 25 M., Verheiratete mit Kindern bis zu 16 evtl. 18 Jahren bei einem Einkommen bis zu 6000 M. bei einem Kind monatlich 30 M., bei 2 Kindern 35 M., und so weiter für jedes weitere Kind 5 M. mehr. Vom 1. Juli ab soll folgende Staffelung eintreten:

Verheiratete ohne Kinder mit bis 3000 M. Einkommen monatlich 25 M., mit 3—6000 M. Einkommen 25 M.,

Verheiratete mit Kindern bei Einkommen bis 3000 M. für 1 Kind 42,50 M., von 3—6000 M. für 1 Kind 32,50 M., von 6—9000 M. für 1 Kind 22,50 M., und für jedes weitere Kind 7,50 M. mehr.

Stadtv. Dr. Knauer bedauert, daß die Lehrer nicht ohne weiteres in die Vorlage einbezogen worden sind und beantragt Ausschussberatung.

Stadtv. Brüchner (Soz.) tritt diesem Antrage bei. Auch den Ledigen gebühre angesichts der steigenden Teuerung eine Erhöhung der Kriegszulage. Die Angestellten, auch verheiratete Pfleger in Krankenhäusern und Irrenhäusern, bekämen an Gehalt und Teuerungszulagen zusammen weniger als die Zulagen allein für die Arbeiter in manchen Industrien betragen. (Hört! hört!) Hier müsse gründlich durchgegriffen werden. Ähnlich hätten die Bureauangestellten beiderlei Geschlechts nach wie vor unter den ganz unzureichenden Bezügen zu leiden. Der 1. Juli sei für die Erhöhung zu spät; der Termin müsse vorabiert werden.

Nachdem auch Stadtv. Dahn für Ausschussberatung gesprochen, wird demgemäß beschlossen und der Ausschuss sofort ernannt. Ihm gehören auch Stadtv. Barthelmann, Brüchner, Glode, Hünze, Mann (Soz.) an.

Die Säuglingsfürsorgestellen sollen hinfort auch die Behandlung der mit Erythrophilie befallenen Säuglinge übernehmen; die Kosten in Höhe von 10 000 M. für das Rechnungsjahr 1917 können aus laufenden Etatsmitteln bestritten werden.

Schluß 10 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Die Berliner Schulreform.

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung kam es zu einer Aussprache über die Ungleichheit der Bildungsmöglichkeiten für die verschiedenen Klassen der Bevölkerung. Der Magistratsantrag über Reformen im höheren Schulwesen, die einer Auslese hervorragend begabter Gemeindschüler den Weg zu besserer Schulbildung ebneten sollen, fand bei keiner Gruppe der Versammlung ganz uneingeschränkten Beifall. Auch Stadtverordneter Cassel, der die Vorschläge des Magistrats als einen großen Fortschritt pries, äußerte wenigstens gegen die Beibehaltung der Vorschule große Bedenken. Die sozialdemokratischen Forderungen zum Schul- und Bildungswesen wurden vom Genossen Wehl dargelegt. Hinter ihnen bleibt diese sogenannte Schulreform so weit zurück, daß der sozialdemokratische Redner sie mit Recht als ein bloßes Schönheitspfälcherchen bezeichnen konnte. Er wies hin auf die an der Vorlage unangenehm auffallende oberflächliche Art, sich mit der Einheitschulbewegung auseinander zu setzen. Für die breiten Massen, nicht nur für die Begabtesten, forderte er mehr Bildungsmöglichkeit. Stadtschulrat Reimann verteidigte den Magistrat und seine Arbeit in einer Erwiderung, die sehr schwach und lahm war. Daß die Vorschule als Sperrschule für die Gemeindschüler wirke, glaubte er bestreiten zu dürfen. Stadtverordneter Tropske fand sogar den Mut, von Unentbehrlichkeit der Vorschule zu reden. Die Magistratsvorlage wurde schließlich einem Ausschuss überwiesen.

Beobachtungen und Glossen.

Vor meinem Schreibtisch stehend, starrte ich hinaus auf die sonnenbeschienenen Straße. Vor mir liegen Zeitungsausschnitte und beschriebene Blätter. Ich lasse an zu vergleichen, zu überlegen und komme zu dem Ergebnis, daß manches nicht so zu sein brauchte, wenn ja wenn . . .

In einer Notiz in der „Neumärkischen Volks-Zeitung“ nimmt die Redaktion Stellung gegen die Verkeimerung der nicht bestellbaren Palette auf den Postanstalten. Die ohne Adresse vorgefundene Palette, oder solche, die aus einem anderen Grunde nicht bestellt werden können, werden von der Postverwaltung an ihre Beamten versteigert. In der Hauptsache enthalten die Palette Lebensmittel, die bei der Versteigerung oftmals einen weit über den Höchstpreis hinausgehenden Erlös bringen. Nicht nur, daß als rationierter Lebensmittel einzelnen über ihr Quantum hinaus zugänglich gemacht werden, es wird auch von einer Behörde gegen die Verordnung betr. die Höchstpreise verstoßen. Gibt es wirklich keinen anderen Weg, um die Waren vor dem Verderben zu schützen und sie der Allgemeinheit zugänglich zu machen? Das Verschaffen rationierter Lebensmittel ohne Karten ist zudem strafbar.

Zwei Arbeiter auf einem Flugplatz bekamen Wurst angeboten. Zu dem Gläubigen, daß es sich um Auslandsware handele und daß deren Beschaffung ohne Karten erlaubt sei, kauften sie ein Pfund zu dem horrenden Preise von 8,50 M. Nach dem Kauf machte einer von ihnen einem Gendarmen Mitteilung, da er glaubte, daß ihm ein Wucherpreis abgefordert worden sei. Der Gendarm erflattete Anzeige; der Staatsanwalt lehnte ein Einschreiten gegen den Verkäufer der Wurst ab, da dieser keinen übermäßigen Gewinn erzielt habe. Der Arbeiter aber erhielt ein Strafmandat über 3 M., weil er sich Fleischwaren ohne Karten beschafft habe.

In einem Vorort wollte eine Frau, die tagsüber einer Beschäftigung nachgehen muß, sich für 20 Pf. Kohlen besorgen. Obwohl der Kohlenhändler über einen Vorrat verfügte und auch an andere Leute Kohlen verkaufte, wurde der Frau die Abgabe von Kohlen verweigert. Sie erstattete Anzeige beim Kriegswucheramt. Durch den zuständigen Landrat, an den die Sache abgegeben worden war, wurde mitgeteilt, daß die Möglichkeit polizeilichen Einschreitens fehle, denn die Kohlenhändlerin habe nur an eine andere Frau einen halben Zentner Kohlen von einer geringen Menge Preussische, die für den eigenen Bedarf der Händlerin bestimmt war, ab-

gegeben. Kohlenhändler können also nach Belieben von zu ihrem eigenen Bedarf bestimmten Vorräten abgeben, an wen sie wollen, dagegen die Abgabe an Personen, die nicht ihre ständigen Kunden sind, verweigern! Dieser Eindruck wird hervorgerufen, wenn man sich den Bescheid vor Augen hält. Die Lust, Uebertretungen zur Anzeige zu bringen, aber wird dadurch nicht gefördert.

Am Schlesienschen Bahnhof, in der Madairstraße vor dem Fundbüro, stieß ich auf eine Kleidungsammlung. Beim Nähertreten gewährte ich Kleidungsstücke, Mägen, Stiefel, Westen und sonstige im Eisenbahnwagen liegende gebliebene Dinge. Es war wiederum Versteigerung der Fundstücke. Hier, Freund, kannst Du, ohne im Besitze eines Bezugsheims zu sein, alles erstehen, was Du brauchst — wenn Du Geld hast! Die Händler erwerben bei der Versteigerung die Sachen selbstverständlich ohne Bezugsheime und geben sie auch ohne einen solchen gleich auf der Straße an Kauflustige ab. Auch ich wollte ein Paar gut-erhaltene Stiefel kaufen. Beim Verhandeln fiel mir jedoch noch rechtzeitig der Strafbefehl gegen den Arbeiter wegen Verstoßes gegen eine gewisse Verordnung ein, und ich unterließ den Kauf. Auch hier eine Behörde, die ungewollt zum Uebertreten von Verordnungen anreizt. Der Käufer aber kommt in Gefahr, bestraft zu werden. Können die Fundstücke, soweit sie zu den rationierten Dingen gehören, nicht auf eine andere Art in den Verkehr gebracht werden? Warum müssen erst die Händler die Sachen erwerben, um sie mit hohem Gewinn loszuschlagen?

Ja! Warum? Bis dahin war ich mit meinen Gedanken gekommen, als aus dem mittlerweile bewölkt gewordenen Himmel, ein Donnererschlag ertönte und ein erfrischendes Gewitter einsetzte.

60 Gramm Bratfett in Groß-Berlin.

In der nächsten Woche werden in allen zur Fettstelle Groß-Berlin gehörenden Stadt- und Landgemeinden außer der gewöhnlichen Fettmenge 60 Gramm Bratfett in fertiger Packung durch die Kleinhändler verteilt werden. Der Verkauf erfolgt gegen Vorzeigung der Lebensmittelkarte in den einzelnen Gemeinden und Abtrennung eines bestimmten Abchnittes bei demjenigen Händler, bei dem der Karteninhaber mit seiner Speisefettkarte eingetragen ist. Der Preis für 60 Gramm Bratfett beträgt im Kleinverkauf 24 Pf. — In den übrigen nicht zur Fettstelle Groß-Berlin gehörenden Gemeinden der Landkreise wird das Bratfett gleichfalls demnächst abgegeben werden.

Berliner Lebensmittelnachrichten.

Der Umtausch von Fleischkarten findet für die neue am Montag beginnende Fleischartenperiode in der Zeit vom Montag bis Mittwoch durch die Protokommissionen statt. Die Menge der auf die Bezugsheime zu entnehmenden Nährmittel ist mit der auf die Fleischkarten entfallenden Fleischwodenmenge gleichgestellt worden; sie beträgt also zurzeit auf die Vollkarte 250 Gramm, auf die Kinderkarte 125 Gramm wöchentlich. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art der genannten Lebensmittel besteht nicht. Es werden vielmehr nach Maßgabe der vorhandenen Vorräte entweder Graupen oder Grieß oder Leinwahren geliefert. Umgetauscht werden nur die Reichsfleischarten; für städtische Fleischarten findet ein Umtausch nicht statt. Die Ware kann in den durch Ausschuss kenntlich gemachten Verkaufsstellen gegen Abgabe des für die betreffende Woche gültigen Bezugsheimes abgeholt werden. Umtauschberechtigt sind diejenigen, welche sich in die Liste der zuständigen Protokommissionen eingetragen oder nachträglich den Umtausch beim Magistrat, Abteilung für Lebensmittelversorgung, bewirkt haben. Anträge derjenigen Einwohner, die sich bisher noch nicht zum Umtausch gemeldet haben, können nicht mehr berücksichtigt werden, da die hierfür zur Verfügung stehenden Vorräte mit Rücksicht auf die große Zahl der bereits vorliegenden Anmeldungen dies nicht zulassen.

Wo noch Kartoffeln sind!

Der Landrat zu Wittkowo in Posen hat sich an das Arbeitslosenamtsamt der Stadt Leipzig gewendet, damit ihm dieses männliche Arbeiter zu landwirtschaftlichen Zwecken überweist. Diese sollten außer freier Wohnung einen Tagelohn von 1,90 bis 2 M., 1/2 Liter Mager- und Vollmilch, 2 Pfund Grütze und fünfzundzwanzig (!) Pfund Kartoffeln in der Woche erhalten. Das Arbeitslosenamtsamt berichtet, daß der Arbeitsnachweis männliche Arbeiter jetzt überhaupt nicht zuweisen könne; außerdem sei der angegebene Lohn zu gering, da die Arbeiter zu einem großen Teil sich selber die Kost beschaffen müßten. Da vermutlich der Lohn für Arbeiterinnen noch geringer sein werde, sei es wohl ausgeschlossen, daß sich weibliche Arbeitskräfte bei dem jetzt ohnehin geringen Angebot entschließen würden, derartige Arbeiten anzunehmen.

Wir gönnen natürlich den landwirtschaftlichen Arbeitern in Posen ihre 25 Pfd. Kartoffeln wöchentlich, meinen aber, daß dieser Vorgang der zuständigen Reichsstelle einen Fingerzeig geben könnte, wo noch Kartoffeln für die Städte zu holen sind, zumal da ja auf dem Lande neben dem Kartoffelreichtum auch noch andere Lebensmittel besser und wohlfeiler zu haben sind als an den Industriestellen.

Techniker als Groß-Berliner Gemeindegliedern.

In leitende Stellungen der Gemeinden sind in letzter Zeit neben den Juristen auch die Techniker immer häufiger berufen worden. Auch in Groß-Berlin sind Architekten und Ingenieure bereits in leitenden Stellungen der Gemeindeverwaltungen tätig. Techniker als Bürgermeister haben wir allerdings in Groß-Berlin noch nicht. In den Landgemeinden war es bis vor einigen Jahren Brauch, zu Weigeordneten (zweiten Bürgermeistern) und besoldeten Schöffen ausschließlich Juristen zu wählen. Die wachsende Bedeutung der Technik für die Kommunalverwaltung hat auch bei den Landgemeinden hierin Wandel gebracht, und in mehreren Groß-Berliner Gemeinden können wir Techniker als besoldete Gemeindegliedern verzeichnen. In Lichterfelde ist der Gemeindebaumeister Tietzen Mitglied des Gemeindevorstandes, in Rieder Schönhausen ist es der Gemeindebaumeister Richard Schulz. Erst vor kurzem hat die Gemeindeverwaltung von Bries den dortigen langjährigen Gemeindebaumeister Baurat Grotzgen zum besoldeten Schöffen gewählt. Der jüngste Fall dieser Art ist die Schöffenschaft in Friedrichsfelde, wo der Gemeindebaumeister Gogger zum Weigeordneten und besoldeten Schöffen gewählt worden ist. Für diese Wahl war eben die Tatsache entscheidend, daß die Technik für die Gemeindeverwaltung von Jahr zu Jahr größere Bedeutung gewinnt und daß ein technischer Oberbeamter gerade auf den Gebieten der Bau- und Werkverwaltungen den Bürgermeister am ehesten entlasten könne. Aus dieser Erwägung heraus hat auch die Gemeinde Mariendorf grundsätzlich beschlossen, die Stelle eines Weigeordneten nicht, wie früher beabsichtigt, mit einem Juristen, sondern mit einem höheren Techniker zu besetzen.

Das Kriegs-Belieferungsamt des Gardekorps teilt mit, daß es in Anbetracht der jetzigen teuren Lebensverhältnisse für die weitere Dauer des Krieges die Löhne für fast sämtliche Belieferungsstücke um einen Kriegszuschlag erhöht hat, der unberücksichtigt durch den Arbeitgeber an den letzten Arbeiter zu zahlen ist. Die Verzeichnisse der neuen Preise geben den in Frage kommenden Verbänden usw. zu. Jeder Arbeitgeber ist vertragsmäßig verpflichtet, ein Verzeichnis der Arbeitslöhne im Arbeitsraum und in der Ausgabestelle anzuhängen.

Das Erste Nachmittagsheim für verwundete Krieger, welches während des Winters in der Leipziger Str. 75/76 war, wird sich von Freitag, den 8. Juni, ab wieder im Krollischen Garten

Als das Volk die Bastille schleifte.

Solange es Bastillen zu stürzen, zu beseitigen gilt, Latzachen und Symbole der Rechtsungleichheit, solange hat die Tat des 14. Juli 1789 ihr lautes Echo in den Zeiten. Was mit jenem Ereignis zusammenhängt, übt noch heute mächtigen Hauber aus. Unlängst sind aus dem Nachlaß eines deutschen Denkers und Staatsmannes, dessen Name aus der Nähe Schillers, Fichtes, Goethes, Steins und Schopenhors herüberglänzt, Tagebücher veröffentlicht worden, deren eines Eindrücke von einer Reise nach Paris, unternommen im Sommer jenes großen Jahres 1789, enthält. Wilhelm von Humboldt, der Bruder des großen Naturforschers und Weltreisenden, hat diese Aufzeichnungen geschrieben: als junger 23jähriger Mann und in der Begleitung jenes Joachim Heinrich Campe, der ein berühmter Erzieher war und dessen Verdienste um die Klärung und Bereicherung der deutschen Sprache erst jüngst für viele aus der Vergessenheit gerissen wurden. Daß er, der ein Erzieher zum Selbstvertrauen genannt werden darf, der französischen Revolution zugetan war, machte ihn für einen ideal gerichteten Jüngling wie Humboldt zu einem sehr geeigneten Führer. In den ersten Augusttagen durchwanderten die beiden die Straßen und Plätze von Paris, zu einer Zeit also, als die Seinestadt noch inmitten der ersten Zustände der Revolution und unmittelbar unter dem Eindruck des Bastillesturmes stand. Am 9. August buchte Humboldt, was er empfand, als er die Trümmer der vom Pariser Volke eroberten und niedergestürzten Bastille sah. Ein breiter Kreis lese heute, was er, von dem Anblick hingerissen, schrieb. Hier ist es:

„So ist denn Linguets Weissagung erfüllt, die Bastille liegt in Trümmern, und an ihre Stelle tritt ein Denkmal der endlich siegenden Freiheit. Man arbeitet mit unglaublicher Geschwindigkeit an ihrer Zerstörung. Mehrere hundert Menschen sind täglich damit beschäftigt; nur Sonntags kann man hingehen, die Ruinen zu besehen. Alles war voll Menschen, von der Spitze der Mauern an bis in die tiefsten Gewölbe hinab. Jeder drängte sich, mit frohem Stolz die Stellen zu zeigen, wo man zuerst angriff, einbrang und endlich den verräterischen Gouverneur gefangen nahm. Wenn man den tiefen Graben, die überall mit dickem Eisen besetzte Zugbrücke, die ungeheuren Mauern, die wegen der Höhe so vorteilhafte Stellung der Befestigung, und den engen Platz zum Angriff selbst sieht, so ist es beinahe undegreiflich, wie ein Haufe schlecht bewaffneter Bürger, ohne Anführung, den Platz einnehmen konnte. Nur der Verzweiflung war dies schwierige Unternehmen möglich. Der, welcher zuerst in die Bastille drang, war ein Grenadier der Garde, Cit. Er schlug zweimal das Kreuz St. Louis aus, das man ihm zur Belohnung antrug, nahm aber 10 000 Livres jährliche Pension von der Stadt, und den Titel „Edler der Bastille“ an. Jetzt wird er von allen Bürgern geliebt, bewundert, vom König selbst geehrt. Siegte die Partei der Despoten, so starb er auf dem Sockel.“

Das Innere der Bastille ist schauderhaft. Viele Gefangnisse haben beinahe gar kein Licht. Von oben, ein paar hundert Fuß tief, fällt es ein. Ueberall findet man in den Stein gebauene Kammern der Unglücklichen, die zum Teil da ihr Leben beschloßen. Aber besonders reich an Inschriften waren die Türen und Wände. Ich las mehrere. Fast alle waren Klagen, Beschuldigungen teils der Aufseher, teils derer, deren Verleumdung sie für die Ursache ihrer Enterkerung hielten. Nur eine einzige Tür fand ich, auf der ein Lob des Gouverneurs stand, und vielleicht war auch das nur geschrieben, damit der Kerkermeister es lesen und der geschmeichelte Stolz das Schicksal des armen Gefangenen mildern möchte. Wäre der Gouverneur ein edler Mann gewesen, hätte er nur Mitleid und Menschenliebe gefasst, so hätte ihn die Zerstörung der Bastille unsterblich machen können. Man würde auf den traurigen Ueberbleibseln, wo jetzt seinen Platz, so seinen Segen lesen. . . .

Als eine Festung des Mittelalters ist die Bastille ein schönes Gebäude, und es ist ganz wahr, was ich in einem französischen Schriftsteller las, daß sie ein treffliches Muster für den Künstler sein würde, der ein „schönes Grauen“ malen wollte. In dieser Rücksicht sieht man die Zerstörung mit bedauerndem Auge an. Aber doch war sie lange unentbehrlich. Es war das eigentliche Bollwerk des Despotismus, nicht bloß als ein grauenvolles Gefängnis, sondern auch als eine Festung, die ganz Paris beherrschte. Als Bastionspionier in der Bastille sah, las er einmal in der Bibel, der Gouverneur fragte ihn, was er darin suchte. „Ich suche“, erwiderte er, „einen Weg, um hier herauszukommen.“ Schmerzlich aber würde die Bibel — man redet doch nur von einem Buch, insofern es verstanden und erklärt zu werden pflegt — den herrlichen Ausgang gezeigt haben, den jetzt der Mut der Bürger, zuerst von Verzweiflung angefaßt, dann von edlem Freiheitsstimm genährt, fand. Die Ideen von verdienstvollem, geduldigem Leiden, das ewige Einbilden auf künftige überirdische Erwartungen, die dem Christentum so sehr

eigen sind, drücken die widerstrebende Kraft des Menschen, auch seinen Sinn für Freiheit, zu sehr nieder.“

Dies Blatt von der Bastille, ein Zeichen des Aufstehens, wie es ein Mensch erlebt, der aus einer Umwelt voll Duden und Bedrückung plötzlich ins Helle kommt, lag in den Handschriften vergraben, die im Schlosse Tegel bei Berlin aufbewahrt wurden. Die jetzt für die von der Berliner Akademie der Wissenschaften veranstaltete, bis zu 14 starken Bänden gediehene Ausgabe der Schriften Humboldts macht sie allgemein zugänglich. Humboldt ist nicht einer, der als ein groß Lebendiger aus der Vergangenheit in unsere Zeit ragt, wie sehr auch Wissenschaft und Geschichte wissen, was er, zumal als Sprachforscher und Staatsmann, geleistet hat. Aber gerade in diesem Jahre und weiterhin wird man wohl von ihm vor einer breiteren Öffentlichkeit häufiger reden als bisher, denn er gehörte zu denen, die sich ideal gefimmt mühten, dem preussischen Volke nach dem großen Erfolge von 1813 zu verschaffen, wozu es sich nach Jahren beispielloser Leiden der Streckung und des Krieges mit höchster Vaterländischer Opferbereitschaft staatsbürgerlich reif gezeigt hatte. Was Humboldt im Schlußsatz seines Bastilleblattes so tief an den Deutschen beklagte, den Glauben, daß geduldigem Leiden ein Verdienst sei, das erschien 1818 überwunden. Am legte er mit Hand an, daß das alte Preußen aus der Wähe der Kriegsschäden sich als ein verjüngter, umgewandelter, neuer Staat erhebe. Ein Teil einer deutschen freiheitlichen Einheit sollte es werden.

Das Ziel Steins, das die Gleichberechtigung aller Stände auf bürgerlichem und militärischem Gebiete aussprach, war auch Humboldts Ziel, und es ist erwachsen aus dem Geiste jener Zeit, in der die Zerstörung der Bastille das Bewußtsein des Volkes von seiner Kraft über Frankreichs Grenzen hinaus gewaltig geweckt und gemehrt hatte. Humboldt, der Mitarbeiter Steins, der preussische Diplomat und Minister, der sich dem weltbürgerlichen Idealisten in Tagen schwerster Not zum nationalen Praktiker entwickelte, erfuhr aber an seiner Arbeit, wie wenig es für den Fortschritt zu dem gewollten großen Ziele genügt, daß ein durch ideale Bildung mächtiger Geist die Staatsarbeit in die Hände nimmt. Sein edler Glaube, daß Philosophen die beruflichen Staatlenker seien, sollte die preussische Reaktion in ihrer ganzen Verstocktheit gründlich kennen lernen. Gerade in den Jahren der politischen Arbeit Humboldts fing sie an, jene Form des Widerstandes gegen die neuen Ideen zu schaffen, die zur Plage eines Jahrhunderts werden sollte. Sechs Jahre nach dem Aufbruch an das Volk, der im Anfang der Ereignisse von 1818 half, half sie das Mittelgesetz der Karlsbader Beschlüsse aufdrücken, und auch Humboldt, der gegen diesen Gewaltstreich, der zugleich ein schmähtlicher Wortbruch war, angelämpft hatte, mußte seinen Platz aufgeben.

In der Arbeit aber, in die er seine Kraft einschob, haben wir den Glauben wirksam, der in den Jahren der großen französischen Ereignisse in ihm heranreifte. Humboldt hat an die Revolution und zeitlich fortwirkende Kraft des Guten geglaubt, das eine Revolution, wie er sich äußerte, von oft entlegener Stelle aus in andauernde, unabsehbare Bewegung setze. In diesem Sinne empfand er den Sturz der Bastille, den er in den Jugendtagen „amentbehrlich“ nannte, schließlich als eine befreiende Tat nicht nur Frankreichs, sondern mehr und mehr der Welt. Revolutionäre Ereignisse von so elementarer Macht wie die von 1789 haben menschenbildende Kraft, die sich im Wesen und Handeln ganzer Generationen äußert. Die Schiller und Fichte diesen Einfluß erlaben, so auch Wilhelm von Humboldt, ihr Geistesführer. In jenem Pariser Tagebuchblatt atmet aber eine Stunde, die diesen Einfluß am Werke zeigt, und deshalb soll das Blatt uns wert sein.

Seefische.

Seit kurzem gibt es wieder Seefische — frisch, geräuchert, mariniert, gealzen oder sonstwie — und in jeder Form bilden sie für unsere länglichen Kriegsmahlzeiten eine langentbehrte, erfreuliche Bereicherung und Abwechslung.

Die Kriegszeit, der wir so viel Unlernet und manche Erweiterung unseres Wissens verdanken, hat uns auch allerlei neue Fischarten auf den Markt gebracht, die man früher hier im Binnenlande kaum dem Namen nach kannte, die aber für unsere Ernährung ebenso wohl geeignet sind als die bisher gebräuchlichen Arten.

In grotesken Formen, oft schreckhaft groß, sieht man die unbekannteren Tiere in den Fischständen liegen und kopfschüttelnd stehen die Leute vor den fremden Ungeheuern. Man graut und fürchtet sich beinahe vor ihnen und doch ist ein Versuch fast ausnahmslos lohnend und wohlwollend.

Ein vortreffliches kleines Büchlein — es nennt sich „Seefisch-Bilderbuch“, herausgegeben vom Deutschen Seefischvereine und verfaßt vom Generalsekretär des Vereins, Prof. Dr. H. Henking, Preis 25 Pf. — sei an dieser Stelle als Führer und Berater emp-

fohlen. Vorzüglich sind die Bilder des Buches, zahlreiche ausgezeichnete photographische Abbildungen, die uns alle vorkommenden Seefischarten in anschaulicher Weise zeigen und auch über das Aussehen der schon bekannten Fische manchen Zweifel beheben. Mit großem Interesse betrachtet man die wohl gelungenen Bilder der oft recht merkwürdigen Fische, deren Aussehen uns oft wenig bekannt ist. Ueber den Nährwert der Seefische, besonders über den Fettgehalt, der bei den verschiedenen Arten ein sehr verschiedener ist, gibt uns der Text des Buches wertvolle Aufklärung. Auch über die verschiedenen Laichzeiten und die geeigneten Verwendungszeiten.

Als Ergänzung des Seefisch-Bilderbuches kann ein im gleichen Verlag — bei W. Köfer, Berlin — erschienenenes „Seefisch-Rochbuch“ dienen von Elise Hannemann, Vorsteherin der Kochschule und der hauswirtschaftlichen Seminare des Leitvereins, Berlin (Preis 40 Pf.). Die als Autorität auf dem Gebiete der Kochkunst geltende Verfasserin gibt aus ihrem reichen Erfahrungsschatz viel wertvolle Anregung und Belehrung, die vielen, gerade für Fischzubereitung, willkommen sein wird.

Eintritt: fünf Dollar und eine Kartoffel.

In den Vereinigten Staaten, die bis jetzt noch wenig unter Lebensmittelmangel zu leiden hatten, hat sich nun auch ein bedenklicher Kartoffelmangel fühlbar gemacht. In den Großstädten ist es heute fast unmöglich, Kartoffeln zu erlangen, die überhaupt nur noch zu Phantasiepreisen verkauft werden, und insbesondere die minderbemittelte Bevölkerung hat schwer darunter zu leiden. Um diesen Armen zu helfen, ist nun kürzlich in Brooklyn ein echt amerikanisches Wohltätigkeitskonzert veranstaltet worden, in dem die hervorragenden Bühnenkünstler Reiz Ports mitwirkten. Wie bei allen derartigen Sensationsereignissen, fanden sich die „Wildtätigen“ scharnweis an der Kaffe ein; doch viele mußten trotz ihres wohlgefüllten Beutels unberückte Dinge umkehren, denn der Eintritt war nicht nur von der Entrichtung von 5 Dollar, sondern auch von der Abgabe — einer Kartoffel abhängig gemacht! Daß mit diesem Tribut von einer Kartoffel auf den Kopf den Brooklynern Armen geholfen worden ist, ist nicht anzunehmen; trotzdem aber haben die Konzertbesucher wohl ihren doppelten Zweck erreicht: die „Glory“ des Wohlthuns im Verein mit einem gesellschaftlichen Ereignis.

Notizen.

— **Lichos Rücktritt.** Der Direktor des Dresdner Albert-Theaters, das erst vor einiger Zeit eine Krise durchmachte, Licho, wird von seiner Stellung vorzeitig zurücktreten. Er hat zwar die Bühne wieder in die Höhe gebracht, ist aber mit verschiedenen weiblichen Mitgliedern in erste Konflikte geraten, die seinen Rücktritt erfordern. Licho leitete früher die Aufführungen der Reuen Freien Volksbühne.

— **Ein Balsangmuseum.** In der norwegischen Stadt Sandefjord hat ein dortiger Bürger ein Museum gestiftet, das einzig in seiner Art ist. Es ist dies ein Museum des für die norwegische Industrie so hochbedeutenden Walfischfangs, das allerlei wertvolle und merkwürdige Stücke enthält. Dazu gehören vor allem der alte Walfund aus Roskebit. Fischleute haben sein Alter zwischen 5000 und 12 000 Jahren angelegt. Ferner enthält das Museum das größte aller vorhandenen Wal-Modelle, nämlich das eines Blauwals in natürlicher Größe. Er wiegt 16 Tonnen und ist über 70 Fuß lang. Das Museum besitzt auch eine Sammlung älterer und neuerer Gerätschaften zum Walfischfang, graphische Darstellungen des Fangbetriebes und der Fangergebnisse und dergleichen mehr.

— **Kriegs-Kinderberje.** Der Wiener „Arbeiter-Zeitung am Abend“ werden aus Döbling folgende Kinderlieder mitgeteilt:

1.
Eins, zwei — kein Ei
Drei, vier — kein Bier
Fünf, sechs — keine Keks
Sieben, acht — der Magen kragt
Neun, zehn — anstell'n geh'n!
2.
Ringel, Ringel Reisa,
Luftkuchl sind sehr teuer,
Buchteln (Ruchen) sind umso besser,
Braucht man keine Messer,
Braucht man keine Gabeln,
Ißt man mit den Schnabeln!

Der starke Mann.

18] Eine schweizerische Offiziersgeschichte von Paul Hg.

„Wenn der dem Zylinder entsprechende Stiefel anhätte, gingen sie ihm ja über den Bauch!“ sagte ein Späßvogel zu seinem Nachbar. Der geplagte Junge war froh, als der Herr Oberleutnant erschien und den Spöttern schon durch seine Gegenwart den Mund stopfte.

„Wo kommt Ihr her?“ fragte Venggenhager den Stalljungen, der darauf beflissen die Hand an den Gurtband legte und eifrig Bescheid gab: „Von Horn, Herr Oberleutnant!“ Dieser patzte ein paarmal auf des Pferdes Hals, tat einige sachliche Stallfragen und gehörte dann einem seltsamen Einfall, indem er wie der Herr des Geschirres auf den Hof sprang, dem verdugten Burschen Zügel und Peitsche entreichend. Von seiner Annahmung beraubt, fuhr er den Anlagen entlang und zitterte vor Freude, in Erwartung des Augenblicks, wo die anderen wieder zum Vorschein kommen und den Wagen vermissen würden.

„Ich will dich schon lehren, Farbe zu bekennen! An mir sollst du keinen Scherzwenzler gefunden haben, den man nach Belieben anziehen oder kaltstellen kann!“ eiferte er in sich hinein, von der Wichtigkeit seines Tuns vollkommen überzeugt. Gewiß, das war eine gesunde Lektion: Nochte sie daraus lernen, ihm auch vor der Welt künftig mit gebührendem Freimut zu begegnen. Was sollte er von ihrem Versteckspiel halten? Hatte sie ihn vor den Kameraden nicht wie einen schlechten Schuster abfallen lassen? Das war keineswegs Schen vor der Preisgabe eines zarten Geheimnisses; in diesem Verhalten spiegelte sich wohl eher die beleidigende Vorsicht einer berechnenden Seele. Nein, er konnte diesen Zug nicht gutheissen. Ihm wäre es gerade recht gewesen, wenn sich das Gerücht von seiner Verlobung sogleich über Stadt und Land verbreitet hätte. Wozu sollte er damit hinterm Berge halten? War Renée Steiger in Grund und Boden noch schwankend, so konnte er sie durch solche mannhaft entschlossene rasiß zur Entscheidung treiben. Na, ha! Ein Empfindsamer wäre an seiner statt wahrscheinlich gekränkt nach Hause gelaufen, um den Schmerz im stillen Kämmerlein auszutoben und der stolzen Brauterschaft trüb-

selige Vorhaltungen zu machen. Väterlich! In dieser Hinsicht kannte er die Erwählte zu gut. So eine Epistel warf sie bestenfalls der Jose hin, um die Brennschere zum Glühen zu bringen. Nur mit Verwegenheit war ihr beizukommen. Er rief sich die bedeutsame Scene ins Gedächtnis zurück, die sich in der Dämmerstunde des vergangenen Tages zwischen ihm und ihr abgespielt hatte. Sie sahen allein beim See im blühenden Wintergarten der Villa Steiger zwischen Palmen, Rhododendron und Magnolien und lauschten, der kritischen Gespräche über Menschen, Pferde und Spiele müde, der herrlichen Schlacht des Jöhns mit den Riesensplanaten des Parkes. Es war das erste Mal seit Renées Rückkehr vom Engadin, daß sie so ungestört beisammen sein durften. Er hatte in den zwei Wochen, die sie nach seiner Abreise noch droben zubrachte, Tag und Nacht gezittert, ob ihm am Ende ein hoffnungsvoller Bewerber bei ihr zuvorkommen werde. In solchem Höllenfeuer war sein Entschluß gereift, die erste Gelegenheit des Wiedersehens zu benutzen, um sie entweder gleich für sich zu gewinnen oder ganz aufzugeben. Unter dem beklemmenden Druck dieses Vorhabens kam aber seine trübliche Kraftnatur nicht zum Durchbruch; wo er auch hintrat, wich der Boden unter seinen Füßen. Er baute manderlei schiefe, schwanulende Brücken und Kofstige, um ihr beizukommen, indes die stitzgewohnte Freundin, seiner Unbeholfenheit spottend, alle Bemühungen zerstörte, ins Wasser fallen ließ. Endlich begriff er, daß sie sich über ihn lustig machte. Sein Stolz krümmte sich wie ein getretener Wurm. Aus seinen schönen Hoffnungen waren im Handsehrum Hodelspäne geworden. Kein Schimmer Entgegenkommen berechtigte ihn zu der Annahme, daß er auf anderem Wege mehr Glück haben werde. Es war einfach ein Akt der Verzweiflung, der Wutstürze einer überspannten Seele, als er die kühle Gegenpartlerin im Augenblick seines Ausbruchs wie irrsinnig umarmte und mit Küßen versengte. Dieser tollkühnen Sprache hatte sie dann nicht widerstehen können. Ein rechtes Weiterstücken war seine Verlobung.

Wobor sollte er nun noch zurückschrecken? Sie brauchte Sensationen. Sein Wille mußte beständig wie eine Wetterwolke über ihr dräuen — anders durfte er ihrer wohl keine Stunde versichert sein. Ja, dessen war er sich klar: eine Philisterei konnte hieraus nicht entspringen. Ein Leben in ständiger Spannung stand ihm an ihrer Seite bevor. Aber

es lockte ihn gewaltig, deutete ihn unergleichlich schön. Bar nur der Bakt erst einmal vor aller Welt besiegelt, die übertragende Stellung genommen; er fühlte sich Manns genug, sein Glück zu verteidigen, ein übermütiges Weib in Atem zu halten. Noch keine dreißig Ringe wies der Baum seines Lebens; gesunde Wurzeln, ein aufrechter Stamm und hundertfältige Triebe. . . .

In aller Gemächlichkeit fuhr der Ujurpator dem Ufer entlang; der Windhund jagte kreuz und quer, der ruhige Lafai steckte die Nase genau so tief in die Luft wie vorhin, und der eine oder andere Spaziergänger, dem, sei es der Wagen sei es der Lenker bekannt war, zog naheliegende Schlüsse aus diesem Zusammentreffen. Erst als Venggenhager die Klubspitze wieder treppauf kommen sah, kehrte er um und stellte den Wagen lachend an die gebotene Stelle.

„Das ist ja ein sabelhaft gemüthliches Beihilf! Wenn Sie mich mitnehmen wollen, Fräulein Renée, kommt es mir nicht darauf an, wohin Sie fahren!“ sagte er im Abspringen, wieder vollständig Herr seiner selbst. Das Wagnis war nicht weniger gefährlich als das gestrige; er lief hier sogar Gefahr, vor seinen Waffenbrüdern eine Abfuhr zu erleiden, von der er sich vielleicht nie mehr erholen konnte. Ein schneller Blick auf die Gruppe überzeugte ihn, daß sein Geniestreich nach der einen Seite hin den angestrebten Erfolg hatte. Die Stegreiffahrt in Verbindung mit der intimen Anrede verfehlte ihre Wirkung auf die Kameraden nicht. Sie tauschten verstehende Blicke aus oder suchten die Bestätigung ihres Argwohns in den Mienen der Nächstbeteiligten. Soweit war also die Karriere des Viehhändlerprohls schon gediehen? Da hörte dann freilich die Duldsamkeit auf. Daß Renée Steiger den ledigen Eindringling ein bißchen an ihren Triumphwagen spannte, durfte ja keinen, der sie kannte, Wunder nehmen. So wie Venggenhager nach im Glück der Bügelstalt schwebte und die Patina der vornehmen Geschlechter beiwanderte, stürzten sich seine Sinne auch strahlenden Auges auf jene bestückenden Gepflogenheiten, die einer vollendeten Weltkame eigen sind. Er hatte offenbar noch die kindliche Gabe, keine Füße anzubeten, von rauschender Seide zu schwärmen und gläubige Ritterdienste zu verrichten. Aber ein Bauer blieb er ja doch. Unmöglich konnte Renée Steiger auf die Dauer von einer solchen einseitigen Genußfreude entzückt sein.

(Fortf. folgt.)

Deutsches Theater.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Max Paillenberg
in **Familie Schmeck.**
Kammerspiele.
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Die Tänzerin
(mit Leopoldine Konstantin).
Volksbühne. Theat. a. Bülowplatz.
Untergrundb. Schönhauser Tor
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Ein Sommernachtstraum.
Lessing-Theater.
Heute u. folg. Tage 7 1/2 Uhr:
Marie Ottmann u. Hans Wabmann in
Niobe. Oper v. O. Blumenthal.
Musik v. Osk. Straus.
Dir. C. Meinhart — R. Bernauer.
Theater i. d. Königgrätzer Str.
8 Uhr: **Schnitzler-Abend.**
Komödienhaus
7 1/2 Uhr: **Die verlorene Tochter**
Berliner Theater
7 1/2 Uhr: **Die tolle Komödie.**

Zirkus A. Schumann
Rauchen gestattet.
Kühler Aufenthalt.
Täglich abends 8 Uhr
Das **Zirkus-Variété-**
nouveau
Bayerisch. Alpen-Spiele
Peppos kom. Dressur-Akt.
Halali Parforce-
Schnitzel-
Jagd.
Sonntag 3 1/2 und 8 Uhr.
Nachm. 1 Kind frei
sowie Gratis-Ponny-Reiten.

Walhalla-Theater.
7 1/2 Uhr: **Zigeuner.**
Gartenbühne-Vorstellung.

Theater für Freitag, den 8. Juni.
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: **Tannhäuser.**
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Dreimäderlhaus.**
Gebr. Herrfeld-Theater.
7 1/2 Uhr: **Das Pensionsschwein.**
Kleines Theater
7 1/2 Uhr: **Hans im Schnakenloch.**
Komische Oper
7 Uhr: **Die Dose Sr. Majestät.**
20 Min.: **Die Dose Sr. Majestät.**
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: **Die blonden Mädels vom Lindenhof.**
Metropol-Theater
7 1/2 Uhr: **Die Czardasfürstin.**

NATIONAL-THEATER.
Stöpenider Str. 68 7 1/2 Uhr
Größter Lächerfolg!
Was junge Mädchen träumen
Poffe mit Gesang u. Tanz in 3 Akt.
Musik von Walter Bromme.
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Schmetterlingssschlacht**
von Hermann Sudermann.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Säng.
Cabaret
„Feld-grau“
Einlang 7 1/2 Uhr.

Neues Operettenhaus
Schiffbd. 4a. Kassentel. Nord. 281
7 1/2 Uhr: **Der Soldat der Marie.**
Residenz-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Leibgardist.**
Schiller-Theater O
7 1/2 Uhr: **Robert und Bertram.**
Schiller-Th. Charlottenb.
7 1/2 Uhr: **Kammermusik.**
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: **Sonnwendzauber.**
Theater am Nollendorfpl.
7 1/2 Uhr: **Die Gulaschkonone.**
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Stolze Thea.**
Trianon-Theater
7 1/2 Uhr: **Der Star.**

Palast
Theater am Nollendorfpl.
Tägl. 7 1/2 Sonnt. 3 1/2 u. 7 1/2
Triumph d. Schönheit
und das große, neue
Variété-Programm.

Admirals-Palast.
Abrakadabra
großes phantastisches Ballett
auf dem Eise.
Angenehmer kühler Aufenthalt
7 1/2 Uhr. Vorzügl. Küche.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
8 Uhr:
Tirol einst und jetzt.
Spollo
FRIEDRICHSTR. AN DER KOCHSTR.
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Das vielseitige
Variété-Programm!
Die Kasse ist ab 10 Uhr geöffnet

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
Seute:
Aha — famos!
Große Ausstattungs-Operettenpoffe
in 3 Akten mit Gesang und Tanz.
Vorher das große Variétéprogramm.
Anfang 4 1/2 Uhr.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Unsere Don Juans.
Große
Variété-Vorstellung
Anf. 5 Uhr im Garten. Anf. 5 Uhr

Rose-Theater.
7 1/2 Uhr: **Der Mann seiner Frau.**
Gartenb.: Berlin wie es lieb u. hat.
Heute und morgen sehr billig
Gänsefüßchenfleisch per Pfd. 2,50
Gänsefüßchen . . . per Pfd. 4,90
Max Westheimer,
25616 Neue Jakobstr. 12.

Gewerkschaftshaus.
Sonntag, den 10. Juni 1917
im herrlichen Naturgarten (Cafe des Dicens):
Doppel-Konzert und Gesangsvorträge.
Das Damenquartett Elise Lenz (Soub.), Rosi Jellhö (Mando-
line), Rizzi Stoder (Flügel), Kitty Soulette (Geige),
genannt der Clou von 1917.

Sonntag abend:
Ein gr. Posten **junger Hamburger Gänse** a Port. 4,-
Ein gr. Posten **Vierländer Fetteiten** a Portion 4,-
Mittagskarte
Große Auswahl zu kleinen Preisen.

Sonabend ein sehr billiger Schnellverkauf:
Kaninchen-Kasseler, hervorragend im Geschmack, a Pfd. 5,00
Ein großer Posten schwerer, fetter **Kaninchen** a Pfd. 3,75
Ein großer Posten **Fettgänse**, ein großer Posten **Fetteiten**
und ein großer Posten **Fethühner.**
Ein großer Posten **armidierter Stralsunder Spickale**
a Pfund 8,00.
Hühnerbrühe a Liter 60 Pf.
mit darin gelochten Hühnern a Stück 7,50 M.

Bringt Euern Goldschmud
den Goldankauffellen!

Verkäufe

Zaichenbuch für Gartenfreunde.
Ein Ratgeber für die Pflege und sach-
gemäße Bewirtschaftung des häuslichen
Garten, Gemüse- und Obstgartens von
Mar. Heßler. Dritte erweiterte
Ausgabe. Mit 126 Textabbildungen.
Preis 4 Mark. Expedition Bornwärts,
Lindenstraße 3, Laden.
Vierfüßler. Klappstuhlwagen,
Holzräder, alle Reparaturen an
Kinderwagen, Korbmacher Werkbüh.
Brunnenstraße 96. 2388*

Leibhaus Orientaler Tor.
Unterstraße 303/4, Ecke Rosenbaler-
straße, verkauft neue Herrengarder-
roben, Pelzstoffe, Kissen, Goldene,
silberne Herrenhosen, Damenhosen,
Hemden, Schürmüchlein, Brillanten.
Kauf haben dreijährige Garantie.
Eigene Werkstatt. 1818*

Leibhaus Barischerstraße 7.
Leibhaus! Neue Herrengarder-
roben! Pelzstoffe! Kissen! Wand-
bilder! Silberarbeiten! Kellereibillige
Preise!

Teppiche, Vorhänge, Stoppdecken.
Gardinen, Tischdecken, Divandecken
billig. Bornwärts! Expedition
Bornwärts! Lindenstraße 3, Laden. 2378*

Kaufgesuche

Krankensabrikt kauft (Preis-
angabe) Neeller, Wagnersstraße 3.

Latinschule! Stamm bis 7,70!
Kunstabfälle! Schmalen! Kisten!
Kinge! Militärstiefel! Glühstrumpf-
schuhe! Kissen! Kissen! Kissen!
Silberarbeiten! Metall-Einfach-
barren, Weberstraße 31. Telefon
Hermann 4244. 18*

Latinschule! Stamm bis 7,70!
Kunstabfälle! Schmalen! Kisten!
Kinge! Militärstiefel! Glühstrumpf-
schuhe! Kissen! Kissen! Kissen!
Silberarbeiten! Metall-Einfach-
barren, Weberstraße 31. Telefon
Hermann 4244. 18*

Latinschule! Stamm bis 7,70!
Kunstabfälle! Schmalen! Kisten!
Kinge! Militärstiefel! Glühstrumpf-
schuhe! Kissen! Kissen! Kissen!
Silberarbeiten! Metall-Einfach-
barren, Weberstraße 31. Telefon
Hermann 4244. 18*

Latinschule! Stamm bis 7,70!
Kunstabfälle! Schmalen! Kisten!
Kinge! Militärstiefel! Glühstrumpf-
schuhe! Kissen! Kissen! Kissen!
Silberarbeiten! Metall-Einfach-
barren, Weberstraße 31. Telefon
Hermann 4244. 18*

Latinschule! Stamm bis 7,70!
Kunstabfälle! Schmalen! Kisten!
Kinge! Militärstiefel! Glühstrumpf-
schuhe! Kissen! Kissen! Kissen!
Silberarbeiten! Metall-Einfach-
barren, Weberstraße 31. Telefon
Hermann 4244. 18*

Unterricht

Englischen Unterricht für An-
fänger und Fortgeschrittene, sowie
deutsche und französische Stunden er-
teilt G. Ewert, Charlottenburg,
Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Lageristen, tüchtige, für Glas
und Porzellan sofort gesucht. Wei-
dungen 1-2 Uhr mittags oder 6-7
Uhr abends. A. Jandorf u. Co.,
Bellevueallee 1/2. 2528*

Dreiradfahrer oder Dreirad-
fahrerin finden sofort dauernde
Beschäftigung. Schäfer u. Claus,
Leipzigerstraße 19.

Maschinenisten sofort gesucht. Wei-
dungen im Maschinenhaus Kaufhaus
des Westens G. m. b. H., Tauentzien-
straße 21/24. 2528*

Gaßdicker, der puden kann,
oder Frau verlangen A. Esbach u. Co.,
H. G., Neue Schönhauserstraße 20.

Tüchtiger auf eigene Dureaumöbel
verlangt Reilich, Kolonnenweg 70.

Kriegsinvaliden als Präzisions-
arbeiter, guten Verdienst, verlangt
Heinrichstraße 3. 46/14

Wägen-Näherinnen, auch solche,
die selbst zuarbeiten, Mittelgehirn,
sofort verlangt. Kähler, Diefen-
straße 48/49. 2388*

Konfektionierte Bekleiderungs-
arbeiterinnen für Atelier suchen Jacob-
sohn u. Holländer, Kommandanten-
straße 52. 219/2

Lageristen, tüchtige, für Glas
und Porzellan sofort gesucht. Wei-
dungen 1-2 Uhr mittags oder 6-7
Uhr abends. A. Jandorf u. Co.,
Bellevueallee 1/2. 2528*

Wamsfells auf ganz einfache
Mäntel oder Kostümkästen. Böhm-
er, Müllerstraße 150a. 4105*

Wägen-Näherinnen verlangt 100 Kiste
Wamsfells, einfache Paletots, Garn
vorhanden. Wollnerstraße 27a,
Fabrikgebäude III. 2388*

Photographisches Atelier. Po-
st- und Regal-Photographie, für
obige Abteilung, sofort gesucht.
Weidungen in unserer Personalver-
waltung im III. Etod. Kaufhaus des
Westens, G. m. b. H., Berlin W 50,
Tauentzienstraße 21/24. 2528*

Verkauferrinnen, tüchtige, für
Bekleiderungs-, Glas und Porzellan,
Wickelfabrikartikel sofort gesucht.
Weidungen 1-2 Uhr mittags oder
6-7 Uhr abends. A. Jandorf u. Co.,
Bellevueallee 1/2. 2528*

Konfektionierte Bekleiderungs-
arbeiterinnen für Atelier suchen Jacob-
sohn u. Holländer, Kommandanten-
straße 52. 219/1

Verkauferrinnen, tüchtige, erste,
für die Abteilung Schirme sofort ge-
sucht. Weidungen 1-2 Uhr mittags
oder 6-7 Uhr abends. A. Jandorf
u. Co., Bellevueallee 1/2. 2528*

Konfektionierte Bekleiderungs-
arbeiterinnen für Handarbeit, Etich,
Kragen, mit Probearbeit suchen
Jacobsohn u. Holländer, Komman-
dantenstraße 52. 219/1

Maschinenisten

erhalten sofort Aufstellung. — Weidungen im Technischen Bureau,
A. Wertheim G. m. b. H.
Rohstraße 8.

Schlosser und Hilfschlosser

zu sofortigem Eintritt gesucht. 47572
Renault Automobil-A.-G.
Verkauf
SW 48, Putzamerstraße 19.

Weibliches Hilfspersonal

für die Zigarettenindustrie wird eingestellt. 12992
Zigarettenfabrik Garbáty
Pankow, Hadlichstraße.

Automaten-Einrichter
Revolver-Einrichter
Werkzeugdreher

stellen sofort ein für Heeresarbeit 47361*
Spezialkonstruktionen, Steglitz, Birkenbuschstr. 37-39.

Wir suchen für dauernde Beschäftigung f. unseren Betrieb
ungelernte **Arbeiter u. Platzarbeiter** sowie **Frauen**
in größerer Zahl; ferner
Heizer, Schlosser, Dreher, Maschinen-
arbeiter, Maurer, Zimmerer, Schreiner,
Maler.

Arbeitssuchende wollen sich schriftl. od. mündl. wenden an
Arbeiter-Annahmestelle Pulverfabrik Premnitz,
Rathenow, Bahnhofstraße 22.

Gesenkbauer 1671*
Schlosser auf Protzkasten,
Blechspanner, Hofarbeiter

verlangt **PANZER Aktiengesellschaft, Badstraße 59.**

Tüchtige
Bauschlosser
für Fensterbau sofort gesucht.
J. Degenhardt G. m. Wittenau
Wittestr. 47/48. *

Stalleute
sucht **Schultheiß' Brauerei, Lichter-**
felder Straße 11-17. 25586*

Korbmacher 47/4
auf 98er, Frauen auf Deckel und
Räder, sowie einbinden sucht Pan-
schid, Spandau, Charlottenstr. 10.

Tüchtige Wasserhelfer
sofort verlangt. Kuffan u. Niesfen-
stahl, Sinfürststr. 143. 4618

Kräftiger Laufbursche
für Handwagen verlangt. 25605
Grosz, Alte Jakobstraße
Str. 7.

Korbmacher
auf Ringkörbe, 10 cm - Patronen-
körbe gesucht. 23335*
Kramer & Co., Wallstraße 23.

Schweizerdegen,
geblüht, verlangt sofort 25399
Briefumschlagfabrik Albert Labus,
Niederbreitenstr. 22.

Fahrpersonal
sucht **Schultheiß' Brauerei,**
Lichterfelder Straße 11-17. *

Tüchtiger
Dreher
mit jeder Erfahrung in Bearbeitung
von 7,5 Geschossen hat, als Meister
bad gesucht. 47592*

Niedersch. Automobil-Centrale
Haynau i. Schles.

Hintz-Fabrik,
Berlin-Mariendorf,
Lankwitzer Str. 16
sucht für 47372

Tischlerei
Möbeltischler

Buchbinderei
Buchbinder
Stanzerinnen

Druckerei
Anlegerinnen.

Schmiede
auf Heeresarbeiten (Hufschmied und
andere), Schürmeyer für einfache
Arbeiten verlangt 14752*
Alex. Herman, G. m. b. H.,
Berlin-Tempelhof,
Raifer-Bühlensstr. 10/11.

Bandsäger u. Fräser
verlangt **Brämer, Berlin-Vichten-**
berg, Wollenderstr. 55/56.

Flugmotoren-Monteur,
Automobilschlosser,
Motorschlosser
für dauernde Beschäftigung sofort
verlangt. 46572*
Benz & Cie. Zweigniederlassung Berlin
Charlottenb., Solgerstr. 1/3.

Mechaniker
für Schreibmaschinen, auch Arzge-
geräthe sowie ältere Gerate, werden
für dauernd gesucht. 1482*
Schäfer u. Claus, Leipziger
Str. 19.

Autogen-Schweißer
und Schweißerinnen
auf leichte Blecharbeiten stellen sofort
ein **Weich u. Samet, Berlin-**
Wilmerdorf, Babelsberger Str. 41.

Tüchtige
Montage-Nieter
für Eisenkonstruktion
werden sofort eingestellt.
Kammerhewerke Akt.-Ges.
Zu melden Neubau Deutsche
Bahnen- und Kammschleifen,
Tor 3, Wittenau, bei Montage-
meister Hartmann. 276/121*

Schlosser
verlangt 1172*
Alex. Herman G. m. b. H.
Berlin-Tempelhof,
Raifer-Bühlensstr. 10/11.

Heimarbeiter dauernde, vergibt
Simon, Stöpenider
Straße 113a. 46/20

Mädchen oder Frau, auch
ältere, verlangt **Gewürz, Admiral-**
Straße 38. 47/3

Mamsells auf seidene Staubmäntel
außer dem Daurle verlangt Betriebs-
werkstätte, Schönhauser Allee 132. *

Stepperin,
Maschinennäherin
gesucht **Simon, Stöpenider Str. 113a.**

Cartonnagen-
Arbeiterinnen
finden gute Arbeit im und außer
dem Hause 47582
Freund & Waschan,
Waldemarstr. 18.

Abzieherin-
Lehrmädchen
verlangt, 14 Jahre, für bessere
Cartonnagen. 47542
Freund & Waschan,
Waldemarstr. 18.

Lehrmädchen
im Alter von 14-16 Jahren
aus schillerer Familie gegen
monatliche Vergütung sofort ge-
sucht. Weidungen in Begleitung
der Eltern oder des Vormundes
10-2 Uhr vormittags oder 5
bis 7 Uhr nachmittags in der
Personalverwaltung 4. Etod.

A. Jandorf & Co.,
Bellevueallee 1/2.